

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Verbandstreue lohnt sich

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband ist jetzt mit dem Unternehmertum in einem außergewöhnlich harten Handgemenge. Er hat in allen Landesteilen, in allen seinen Gewerben und Berufen, ja in jedem größeren Unternehmen mühselige Verhandlungen um die Löhne zu führen. Sind die Parteiverhandlungen beendet, fangen die vor dem Schlichter an. Und wenn sie mit diesem geführt sind, finden die Nachverhandlungen statt, um einen ungünstigen Schiedsspruch, wenn nicht zu verhüten, dann doch zu mildern. Während die Unterhändler des Verbandes mit den Widersachern um jeden Lohnpfennig, um jeden Tarifpunkt streiten, sind die anderen Funktionäre dabei, die Truppe zur Geduld zu mahnen oder kampfbereit zu machen, um für jede Möglichkeit bereit zu sein.

Von diesem mühseligen und erbitterten Handgemenge ist freilich in der Öffentlichkeit wenig zu merken. Es wird auch nicht auf dem Markt verkündet. Was soll man von der platten Selbstverständlichkeit reden, daß alle Funktionäre des DMV in dieser Zeit ihre Pflicht erfüllen, wo die ganze Arbeiterschaft Ungeheuerliches erduldet. Aber wer auch nur oberflächlich mit der Verbandssache vertraut ist, der weiß zur Genüge, was von der Organisation geleistet wird.

Wie die Metallindustriellen, so versuchen auch die Unternehmer der anderen Gewerbe ihr Mütchen an dem Arbeitslosen zu kühlen. Aber dort lassen die Unternehmer, wie uns scheinen will, zuweilen doch noch etwas Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiter und auch wirtschaftliche Vernunft sehen, ja mitunter so etwas wie kapitalistischen Pferdeverstand, das ist die Erkenntnis, daß in dem Maße, wie die Arbeiterschaft ihres Lohnes beraubt wird, auch die Profitwirtschaft in die Binsen geht. Solchen Verstandes sind die Metallindustriellen völlig bar. Sie bemühen sich, zu zeigen, daß sie den Vergleich mit jedem harthörnigen Vierbeiner aufnehmen können. Die Metallindustriellen wollen dartun, daß sie der Vortrupp der Lohnquetscher sind. Und dieser Beweis ist ihnen in der Tat vollständig gelungen.

An dieser Tatsache sind die Größe wie die Schwierigkeit der Aufgabe des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu erkennen. Diese Tatsache heißt die Frage stellen: Wie stünde es jetzt, in der Zeit der beispiellosen Arbeitslosigkeit und Unternehmerbrutalität, um die Metallarbeiterschaft, wenn ihr Verband zahlenmäßig und geldlich geschwächt wäre? Was geschähe jetzt, wo die Arbeiter Wind und Wetter im Gesicht haben, mit den Arbeitsbedingungen, wenn der DMV nicht einen Stab von fachkundigen Funktionären hätte, die mit den Unternehmern und den Schlichtern um jeden Zoll Boden rängen? Was würden sich die Metallindustriellen erst erlauben, wenn sie nicht wüßten, daß der DMV auch heute so gestellt ist, daß er einem Kampf nicht aus dem Wege zu gehen braucht und nicht aus dem Wege geht?

Die Antwort auf diese Fragen kann nicht schwer sein: Ohne den DMV, ohne die planmäßige Heranbildung von tüchtigen Unterhändlern und Funktionären, ohne die peinlichste Betreuung der Mitgliederbeiträge zwecks Anhäufung eines Kampffonds, der jeder Möglichkeit gewachsen ist — ohne alles das wäre der Lohnraub ohne jede Milderung gelungen. Die Metallarbeiter hätten jetzt nicht 3, 4, 5, 6 oder 8 vH Lohneinbuße zu beklagen, sondern sicherlich das Doppelte und Dreifache. Von anderen Einbußen nicht zu reden.

Was die Gier der Lohnräuber im Zaume gehalten hat und immer halten wird, ist die Kampftentschlossenheit einer Gewerkschaft mit einer wohlgefüllten Kasse. Das sind die zwei obersten Voraussetzungen für das Gelingen der Abwehr wie des Angriffs. Sie sind durch radikale Redensarten nicht zu ersetzen. An beiden gerichtet es, gottlob, dem DMV nicht. Die planmäßige Schulung der Mitglieder wie das sparsame Wirtschaften mit den Mitgliederroschen erweisen sich besonders jetzt in der Elends- und Sturmzeit als reiche Vorteilsquellen.

Die Tatsache, daß unser Verband wohl gerüstet ist, hindert die Lohnquetscher am Überschnappen. Wo es irgendwie erfolgversprechend war, hat der Vorstand des DMV nicht gezögert, die Mitglieder zum offenen Widerstand, zum Streik, aufzurufen. In Berlin, in Bielefeld, in Mainz usw. sind die Metallarbeiter trotz des schweren wirtschaftlichen Zustandes in den Ausstand getreten, um Lohnkürzungen abzuwehren. Und es ist dadurch manche ganz oder teilweise abgewehrt worden. Wo die Unternehmer wissen, daß mit einem Kampf der Arbeiter zu rechnen ist, hüten sie sich, den Bogen zu überspannen.

Wer es ja noch nicht wissen sollte, welchen Vorteil eine gute Gewerkschaft darstellt, der kann es an der langen Reihe von Tarifabschlüssen der jüngsten Zeit sehen. Die Lohnabzüge schwanken in der Hauptsache zwischen 3 und 8 vH. Aber in dem metallgewerkschaftlich organisierten Schleswig-Holstein beträgt der Lohnabzug 2,3 vH, in dem schlecht organisierten Berlin dagegen 8 vH. In dem gut organisierten Bielefeld 3 vH, in dem schlecht organisierten Aachen dagegen 7,2 vH. Den dem Kampf fähigen sächsischen Metallarbeitern wagte man nur einen Lohnabzug von 4 vH aufzuhalsen, während in anderen Teilen des Reiches, wo das kommunistische

Maulheldentum verhältnismäßig viel Dumme gefunden hat, Lohnabzüge von 7,8 und noch mehr vH ausgesprochen worden sind. Die allgemeine Regel ist: je fester die Metallarbeiter zum DMV stehen, desto geringer der Lohnabzug, eine Regel, die nur von wenigen Ausnahmen bestätigt wird.

Wie könnte es auch anders sein? Bei einer solchen Arbeitslosigkeit, bei einer derartig straffen Organisation der Ausbeuter, bei einer dermaßen wilden Lohnräuberei hat nur eine zahlenmäßig starke Gewerkschaft noch Aussicht, den Arbeiter zu schützen. Die Zugehörigkeit zu einer solchen Gewerkschaft drückt sich aus, wie vorhin gezeigt, in einem Mehr an Lohn von 3 bis 5 vH. Dazu fügen sich noch andere beträchtliche Vorteile. Es sei nur an die Arbeitslosenunterstützung erinnert. Es dürfte nicht viel Gewerkschaften geben, die wie der DMV zwanzig Wochen Arbeitslosenunterstützung zahlen. Das will jetzt bei der Dauerarbeitslosigkeit gewiß was heißen.

Die finanzielle Leistungsfähigkeit des DMV setzt nicht nur seine Mitglieder, sondern auch andere Gewerkschafter ins Staunen. Immer und immer wird bei uns angefragt, wie der DMV diese „staunenswerte Ausgabe verkraften kann“. Er hätte es längst nicht mehr können, wenn er nicht beizeiten für die mageren Jahre vorgesorgt hätte, was ja nichts anderes bedeutet, als kluges Wirtschaften mit den Mitgliederbeiträgen, um davon den größtmöglichen Teil den Mitgliedern zugute kommen zu lassen.

Allerdings trägt noch etwas anderes zu der staunenswerten Leistungsfähigkeit des Verbandes bei, nämlich die Treue der Mitglieder. Es ist wohl die erfreulichste Tatsache in der Geschichte des DMV, daß er in dieser alles in Schatten stellenden Wirtschaftskrise nicht nur keine Mitglieder verloren hat, sondern noch neue gewinnt. Gewiß, der Zuwachs ist nicht überwältigend. Aber die Abrechnung fast eines jeden Bezirks weist einen Mitgliedererwerb von etlichen Hunderten auf, die zusammengezählt eine beachtenswerte Zahl ausmachen. Dergleichen ist noch bei keiner Krise der Fall gewesen, wohl aber das Gegenteil. Bisher hat man in Krisenzeiten, obwohl sie unendlich milder waren als die gegenwärtige, nur Mitgliederverluste zu buchen gehabt.

Dieser hochehrwürdige Zustand ist sicherlich der Einführung der Invalidenversicherung bis zu einem gewissen Grade zu verdanken. Die Mitglieder bleiben dem DMV treu, damit sie seiner Hilfe im Alter sicher sind. Er bietet zu gewichtige Vorteile, um sie leichtfertig aufzugeben. Dann mag auch die Presse des DMV erheblich an diesem erfreulichen Zustande mitgewirkt haben. Durch ihre gründliche Aufklärung, durch ihr Bemühen, die Mitglieder mit Herz und Kopf zu fesseln, wird zweifelsohne das gewerkschaftliche Treuverhältnis gestärkt. Aber noch aus einer anderen Quelle kommt der Mitgliederzuwachs.

Es haben sich vor Jahren Hunderte, wenn nicht Tausende von Mitgliedern von den kommunistischen Gewerkschaftsspaltern dazu verleiten lassen, dem DMV den Rücken zu kehren. Sie haben in ihrem Glauben an die rrrrevolutionäre Phrase ihren sichern Hort für alle Fährnisse des Lebens aufgegeben. Sie meinten, daß sie dort, wo die vermaledeiten Bonzen hundertweis aufgetragen werden, Speise für ihren Hunger und Hilfe in der Not erhalten würden. Daß dies ein scheußlicher Aberglaube ist, das sind die einen schneller, die anderen langsamer inne geworden. Sie haben ihren Irrtum teuer bezahlt. Sie bekennen das freimütig. Sie haben herausgefunden, daß die kommunistischen Einheitsfrontler wie die Vielheitsfrontler noch nie einen Lohnkampf ernstlich geführt und noch nie einen gewonnen, daß sie wohl aber namenloses Unheil über die Arbeiterschaft durch ihre Verhetzung und Spalterei gebracht haben.

Ein wachsender Teil von diesen einstigen Verbandskollegen strebt zurück zum DMV. Sie wollen sich wieder einreihen in die organisierte Kameradschaft. Sie wollen teilhaben an ihren Sorgen und Kämpfen, an ihren Opfern und Rechten. Schade nur, daß diese Kollegen durch ihren unüberlegten Austritt aus dem DMV wertvolle Rechte verloren haben, für deren Wiedererlangung Jahre nötig sind. Die Mitgliedschaft der größten Gewerkschaft kann nur unheilbare Kurzsichtigkeit aufgeben. Die Treue ihm gegenüber bezahlt sich, heute besonders.

Daß sich die Treue zum DMV lohnt, scheint jetzt Gemeingut der gesamten Mitgliedschaft zu sein. Das Gleichbleiben wie das Steigen seiner Mitgliederzahl bezeugen es. Dank dieser Treue hat der DMV seine unvergleichlichen Leistungen auf jedem seiner Gebiete vollbringen können. Ist er in dieser fürchterlichen Krisenzeit, die den Menschen zum Verzweifeln bringen kann, der schützende Hort geblieben. Die ganze Größe des Segens, die der DMV in dieser Krisenzeit gestiftet hat, wird freilich erst in späteren Jahren zu erkennen sein.

Subventionen

Das lateinische Wort Subvention bedeutet eigentlich nichts anderes als Unterstützung. Wenn aber in der Öffentlichkeit von Subventionen die Rede ist — und das ist neuerdings sehr viel der Fall —, dann ist eine besondere Art Unterstützung gemeint, nämlich die Unterstützung von Privatunternehmern mit öffentlichen Mitteln. Und da ist nun etwas Merkwürdiges zu beobachten. Unsere Wirtschaft ist kapitalistisch, und unaufhörlich wird uns gepredigt, daran dürfe nicht gerüttelt werden, denn auf der Tüchtigkeit, dem Wagemut, der Umsicht usw. des Privatunternehmers beruhe jeder wirtschaftliche Fortschritt. Der aber werde einzig und allein angereizt durch die Aussicht auf Gewinn. Deshalb dürfe der Staat sich ja nicht hineinmischen, dürfe selbst wöglich gar keine Wirtschaft betreiben und dem Unternehmer nicht die Gewinnaussichten wegnehmen und auch nicht das Risiko, das heißt die Gefahr des Verlustes. Denn eben gerade die Doppelseitigkeit seiner Aussichten, die Möglichkeit, zu gewinnen, aber auch die Möglichkeit, zu verlieren, die sei es, die den Unternehmer zur Aufbietung aller seiner persönlichen Fähigkeiten anstache und zwingt. Und gleichwohl wünscht jeder einzelne Unternehmer, daß sich der Staat in seine Betriebsführung einmische, aber nur in der Form, daß er ihm durch Subvention die Verlustgefahr abnimmt. Den Gewinn dagegen will der Unternehmer behalten.

Gewiß, es kommt nicht selten vor, es ist sogar Mode geworden, daß Unternehmer selbst sich gegen Subventionen erklären. Aber wenn man näher zusieht, sind das immer nur solche Unternehmer, die selbst nichts kriegen sollen. Da sind zum Beispiel die Schichauwerke in Elbing, die schon ein paar Dutzend Millionen vom Staate geschluckt haben. Seit etwa zwei Jahren regnet es Proteste gegen die Schichausubventionen, aber sie kommen von den lieben Konkurrenten, die behaupten, Schichau verkaufe mit Hilfe der Staatsgelder billiger als sie und steche sie bei der Kundschaft aus. Oder vor etwa einem Vierteljahr verlangten ein paar große Werften in Bremen und Flensburg Hilfe aus der Reichskasse. Flugs kam ein entschiedener Protest. Aber von wem? Vom — Verband der deutschen Reeder! Die erzählten, es gebe schon viel zuviel Schiffe; würden noch mehr gebaut, dann würde ein Überangebot an Schiffsraum entstehen und infolgedessen würden die Frachten billiger werden, also die Einnahmen der Reeder würden sinken. So denkt jeder nur an sich und beurteilt

die wirtschaftlichen Maßnahmen nur nach dem Vorteil oder Nachteil, den sie ihm persönlich bringen können.

Das ist weiter kein Wunder, denn der Kapitalismus ist ja nichts anderes als ein wüster Kampf aller gegen alle. Es macht dabei auf den denkenden Arbeiter wenig Eindruck, daß viele Unternehmer die Rücksicht auf die — Arbeiter in den Vordergrund schieben. Das tun sie ja auch sonst bei jeder Gelegenheit. Wollen sie uns doch sogar einreden, daß sie auch die Löhne nur senken, damit es den Arbeitern besser geht! So haben denn auch die drei nordischen Werften — Deschimag und Vulkan in Bremen sowie Flensburger Schiffbau-Gesellschaft — damals die Kleinigkeit von 50 Millionen M (!) vom Reich verlangt, weil sie dafür angeblich 13 500 Arbeiter zwei Jahre lang beschäftigen könnten. Wobei nicht nur die Werftarbeiter selbst gerechnet sind, sondern auch die Arbeiter der Lieferanten. Ist das nicht die beste und wünschenswerteste Art, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen?

Es läge nahe, hierauf folgendes zu erwidern: Wenn die Rechnung stimmt, wenn wirklich für 25 Millionen Staatsgeld rund 13 500 Arbeiter ein Jahr lang beschäftigt werden können, dann ist für die ganzen 4 Millionen deutschen Arbeitslosen 300mal soviel nötig. Das sind 300 x 25 = 7500 Millionen M jährlich, um die Arbeitslosen unterzubringen, die für den Kapitalismus „überflüssig“ sind! Die gesamten Ausgaben des Reiches betragen bekanntlich nur zwischen 9000 und 10 000 Millionen M im Jahr, und ständig ist das Reich in der größten Notlage, weil 500 bis 1000 Millionen daran fehlen. Wo also sollten die 7500 Millionen herkommen?

Indessen ließe sich darauf entgegen, daß es erstens nicht in allen Wirtschaftszweigen ebenso zu liegen

Aus dem Inhalt

	Seite
Verbandstreue lohnt sich — Subventionen	33
Gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeiter	34
Das Biegen von Rohren — Neue Netzröhren u. ihre Benutzung	35
Das verängstigte Kind — Das Haus der Alten	36
Der Kulturwert der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit — Die Tragödie eines patriotischen Kriegsfreiwilligen	37
Der Kommunistische Einheitsverband streikt tatsächlich —	38
Weltarbeitslosigkeit — Wem diene der Weltkrieg	39
Trotz glänzendem Geschäft — Lohnabbau — Schriftenschau	40

braucht wie in der Wertindustrie, und daß es zweitens doch für die 13 500 auf alle Fälle ein Segen wäre, wenn sie zwei Jahre lang arbeiten können. Sind es auch nur wenig im Verhältnis zu der riesigen Gesamtarmee der Arbeitslosen — viele Wenig machen ein Viel. Wenn man überall die kleinsten Möglichkeiten wahrnimmt, hier 13 000 Arbeitslose unterbringt, dort 20 000, anderswo 50 000 usw., so kommt vielleicht am Ende doch eine Million zusammen, und das wäre gewiß eine große Erleichterung.

Allerdings, auch diese Rechnung hat ein Loch, denn das Reich hat ja auch die 50 Millionen nicht. Oder wenn es sie für solche Zwecke hat, dann doch nur dies eine Mal, und die Frage, warum nun gerade diese drei Unternehmungen unterstützt werden sollen und so viele andere nicht, wäre nicht so unberechtigt. Indessen sehen wir schon, daß die Frage mit solchen Einzelrechnungen nicht gelöst werden kann, sie muß grundsätzlich beantwortet werden.

Grundsätzlich nun ist dazu zu sagen, daß man sich durchaus den Zahn ziehen lassen muß, als könnte auf diese Weise die Arbeitslosigkeit überhaupt vermindert werden. Unzählige Male haben wir nachgewiesen, möchten es heute nicht im einzelnen wiederholen, daß der tiefste und eigentliche Grund der Massenarbeitslosigkeit im Fortschritt der Technik liegt oder vielmehr in dessen kapitalistischer Anwendung: es werden zur Produktion immer weniger Arbeitskräfte gebraucht, und mit den „Überflüssigen“ weiß der Kapitalismus nichts anzufangen; deshalb müssen sie feiern und hungern. Gesetzt den Fall, die Werften bekämen die 50 Millionen M. Jann werden sie natürlich die neuesten Maschinen und Arbeitsverfahren anwenden. Dazu vor allen Dingen müssen sie und werden sie das Geld benutzen, und dann wird es sicherlich keine zwei Jahre dauern, bis die 13 500 Eingestellten — oder andere an ihrer Stelle — wieder auf der Straße liegen.

Dazu kommt aber noch ein anderes. Die Subvention dient nicht allein zur Aufstellung neuer Maschinen und Einstellung neuer Arbeiter. Ihr Hauptzweck ist vielmehr, den Unternehmern wieder einen „angemessenen“ Profit zu sichern. Daraus wird gar kein Hehl gemacht. Solche Betriebe, die „rentabel“ sind, kriegen (in der Regel) keine Subvention, sondern nur solche, die erst wieder „rentabel“ gemacht werden sollen, das heißt solche, die nicht genügend Profit abwerfen. Denn das versteht der Bürgersmann unter einer „gesunden“ Wirtschaft: eine Wirtschaft, die den Unternehmern und ihren Geldgebern genügend Profit abwirft. Nur die öffentlichen Gelder sollen eine Ausnahme machen. Denn das ist der springende Punkt bei allen Subventionen: sie gelten meist anfänglich als Darlehen, aber ohne Zinsen oder doch für sehr billige Zinsen. Die Werften zum Beispiel wollten das Geld auf zwei Jahre zinslos und dann für 3 vH Zinsen haben, während sonst immer noch 6 bis 8 vH gezahlt werden. Und was die spätere Rückzahlung an betrifft, so lehrt die Erfahrung, daß zum mindesten ein großer Teil des Geldes nie wieder in die Reichskasse zurückkehrt. Ibykus.

„Stundenangestellte“ und Angestellte in Kurzarbeit

In der Afa-Bundeszeitung (Januar) berichtet Dr. Otto Suhr über die neue Gepflogenheit der Unternehmer, die im letzten Jahr in steigendem Maße dazu übergegangen sind, selbst ihr Stammpersonal zu entlassen, um sich tage- oder gar stundenweise mit Aushilfskräften zu behelfen. Der „Stundenangestellte“ wurde in Deutschland auch nach amerikanischen Vorbildern an die Stelle des Dauerangestellten gesetzt, um jede sogenannte „Arbeitsbereitschaft“ auszuschalten. Während in der Zeit gesteigerter technischer Rationalisierung in der Krise 1926 die Zahl der Angestellten auf Kosten der Arbeiter anstieg, setzt jetzt die sogenannte „kommerzielle Rationalisierung“ Angestelltenkräfte frei. Auch die Kurzarbeit in der Angestellten-schaft, die, abgesehen von der Demobilisierungszeit, bei der Beschäftigung der Angestellten keine Rolle spielte, ist heute im Vordringen. Manche Tarifverträge enthalten heute noch aus jener Zeit Kurzarbeitsklauseln, die, jahrelang in Vergessenheit geraten, jetzt wieder zu neuem Leben erweckt werden. Die Forderung der Unternehmer, die Gehälter entsprechend der Arbeitszeit zu verkürzen, bedeutet ideell und praktisch die Abschaffung des festen Monatsgehältes für die Angestellten, die auf diese Weise durch die Aufhebung der Regelmäßigkeit ihrer Bezüge weiter proletarisiert werden.

Auch das Anwachsen der Erwerbslosigkeit der Angestellten ging 1930 unerhört rapid vor sich. Sie hat sich gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1927/1929 verdoppelt. Die Gesamtzahl der Angestellten kam für 1930 auf 39 Millionen geschätzt werden, um 400 000 mehr als im Jahre 1925. Von diesen waren Ende November 1930 360 000, also rund 9 vH, ohne Arbeit. Damit hat die Erwerbslosigkeit unter den Angestellten ihren bisher höchsten Grad erreicht. Die absolute Größe der Erwerbslosenarmee wird von den kaufmännischen Angestellten bestimmt — von 360 000 Arbeitslosen sind 262 000 kaufmännische Angestellte —, aber verhältnismäßig ist die Erwerbslosigkeit unter den technischen Angestellten weitaus die stärkste. Von den Angestellten in Industrie und Handel sind 7,6 vH kaufmännische Angestellte, aber 14,5 vH der technischen Angestellten, also doppelt soviel, sind erwerbslos. Wesentlich geringer ist die Erwerbslosigkeit unter den Werkmeistern, die allerdings unter dem Druck der Verhältnisse häufig „berufsbremde“ Arbeit machen können, um dem Schicksal der Erwerbslosigkeit zu entgehen.

Rund ein Drittel aller erwerbslosen Angestellten sind Frauen. Die Zahl der weiblichen Angestellten läßt sich heute auf 14 Millionen schätzen, eine Zunahme von 200 000 gegenüber 1925. Somit stieg die Zahl der weiblichen Angestellten erheblich stärker als die der männlichen. Infolge des anhaltenden Zustroms von weiblichen Kräften in die Angestelltenberufe ist heute die Erwerbslosigkeit der Frauen in den Angestelltenberufen außerordentlich gesteigert. Jeder 10. Erwerbslose ist ein Angestellter — aber von den weiblichen Erwerbslosen gehören bereits rund ein Sechstel zu den Angestellten.

Nur 52 vH voll beschäftigt

Die Statistik der Gewerkschaften offenbart für Ende Dezember eine außergewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit. 31,8 vH der Gewerkschaftsmitglieder waren arbeitslos und 16,3 vH standen in Kurzarbeit. Unter Anrechnung der Kurzarbeit in Vollarbeitslosigkeit betrug die Arbeitslosigkeit Ende 1930 unter den Gewerkschaftsmitgliedern 37 vH gegen 22,5 vH Ende 1929. Voll beschäftigt waren also nur 52 vH der Gewerkschaftsmitglieder. Hieran ist zu erkennen, welche verheerenden Folgen die Krise auf den Arbeitsmarkt angestrichelt hat. Besonders in der Saisongruppe war die Arbeitslosigkeit hoch. Beim Bergwerksbund waren die Mitglieder zu 45 vH, bei den Zimmerern zu 66 vH, bei den Malern zu 63 vH, bei den Dachdeckern zu 66 vH und bei den Steinarbeitern zu 71 vH ohne Beschäftigung.

Gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeiter

Ein Gesamtüberblick über den Ausgang der Betriebsräte-wahlen im Jahre 1930 konnte aber bis jetzt nicht gewonnen werden, da es der Berichterstattung der Verbände an Einheitlichkeit fehlte. Erst jetzt, mit großer Verspätung, sind wir imstande, die nachstehende Übersicht bekanntzugeben, die die Berichte von 18 Verbänden zusammenfaßt. Es fehlen hier Berichte für das Baugewerbe (Baugewerksbund, Zimmerer, Dachdecker), wo die gesetzliche Betriebsvertretung der Arbeiter auf besonderen Grundlagen ruht, und für das Bekleidungs-gewerbe, wo die Erhebung durch die Vorherrschaft von kleineren Betrieben erschwert wurde. In den übrigen Gewerbe- und Industriezweigen sind in den Mittel- und Großbetrieben insgesamt etwas mehr als 7 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Da aber die Betriebsräte-wahlen in der Regel nicht in sämtlichen dazu berechtigten Betrieben stattfinden (in erster Linie scheiden viele Mittelbetriebe aus), muß die Zahl der Arbeiter, die sich an den Betriebsräte-wahlen 1930 beteiligt haben, erheblich unter 7 Millionen liegen. Die in der Tabelle zusammengefaßten Berichte beziehen sich auf Betriebe mit rund 5,9 Millionen Beschäftigten, sie geben also den Ausfall der Betriebsräte-wahlen mit ausreichender Vollständigkeit wieder.

In den erfaßten Betrieben wurden im Jahre 1930 insgesamt 156 145 Arbeiterratsmitglieder gewählt, die sich wie folgt verteilen:

Freie Gewerkschaften	135 689	(86,9 vH)
Christliche Gewerkschaften . . .	11 333	(7,2 vH)
H.-D. Gewerksvereine	1 561	(1,0 vH)
Kommunisten, Syndikalisten usw.	2 374	(1,5 vH)
Sonstige Vereinigungen	1 025	(0,7 vH)
Nichtorganisierte	4 163	(2,7 vH)

Die freien Gewerkschaften herrschen in sämtlichen Betriebsgruppen vor: ihr Anteil an der Gesamtzahl der Arbeiterratsmitglieder schwankt zwischen 63 und 76 vH im Bergbau und auf der Reichsbahn und etwa 95 vH im Buchdruckgewerbe, in den öffentlichen Betrieben, bei den Malern u. a. m. Die Christen sind besonders stark im Bergbau (18,7 vH) und bei der Reichsbahn (15,8 vH) vertreten, haben aber auch in der Textilindustrie und Metallindustrie starke Positionen (9,4 und 7,8 vH der gesamten Arbeiterratsmitglieder). Die Hirsch-Dunckerschen haben nur unter den Eisenbahnern und Metallarbeitern eine nennenswerte Anhängerschaft.

Was die Kommunisten betrifft, so ist es ihnen gelungen, bei den letzten Betriebsräte-wahlen ganze 1,5 vH der Mandate zu erobern. Ein klägliches Ergebnis der Kämpfe, die unter ungeheurem Aufwand an Geldmitteln mit aller erdenklichen Verleumdung geführt worden sind und nach den Berichten der kommunistischen Presse so

siegreich verlaufen sein sollten. Unter den „Nichtorganisierten“ sind in den Berichten der Verbände auch die Gelben angeführt, namentlich bei den Metallarbeitern wo diese Gruppe 3 vH der Gesamtzahl der Mandate in den Betriebsräten besitzt, zum Teil sind hier aber auch Elemente, die den Kommunisten nahestehen. Schließlich darf man nicht vergessen, daß gelegentlich auch nach den freigewerkschaftlichen Listen Kommunisten gewählt werden können, allerdings nur solche, denen keine gewerkschaftsfeindlichen Handlungen vorzuwerfen sind. In ganzen sind die Kommunisten in den Betriebsräten — besonders in den Großbetrieben — immer noch stark vertreten, als dies sich aus unserer Tabelle ergibt.

Die Wahlen in den Betrieben mit kommunistischer Oppositionslisten wurden bei der Erhebung besonders erfaßt. Die Zahl solcher Betriebe konnte nicht genau ermittelt werden, da die Angaben für den Bergbau fehlen, wo die Opposition die größte Aktivität entfaltet hat. Insgesamt spielten sich die Kämpfe in Betrieben mit etwa 1 Million Arbeitern ab (517 000 im Bergbau, 311 000 in der Metallindustrie, 86 000 im Organisationsbereich des Fabrikarbeiterverbandes, 30 000 in der Textilindustrie usw.). In der Regel wurden die Oppositionslisten in den Großbetrieben eingereicht. Typisch sind in dieser Hinsicht Daten für die Metallindustrie: Hier fanden Betriebsräte-wahlen in 12 478 Betrieben mit 1,5 Millionen Arbeitern statt, die kommunistische Opposition hat dabei ihre Listen nur in 213 Betrieben eingereicht, in denen allerdings etwa 20 vH der Gesamtzahl der Metallarbeiter sind. In der Textilindustrie wurden die Oppositionslisten in 36 Fällen, im Organisationsbereich des Fabrikarbeiterverbandes in 67 Fällen eingereicht. Es wurden jedesmal solche Betriebe ausgewählt, in welchen die Opposition aus dem einen oder anderen Grunde auf Erfolg rechnen konnte. In einzelnen — allerdings außerordentlich seltenen — Fällen ist es den Kommunisten gelungen, die Mehrheit im Betriebsrat zu erhalten. In Durchschnitt aber haben sie auch in den ausgewählten und konzentriert bearbeiteten Betrieben auf ihre gemeinschaftlich mit den „Unorganisierten“ aufgestellten Listen genau um die Hälfte weniger Stimmen gesammelt als die freien Gewerkschaften.

Auf Grund der Wahlergebnisse läßt sich der Einfluß der Kommunisten in den Betrieben etwa so schätzen: bei fünf Sechstel der Belegschaften wagten sie nicht einen offenen Kampf gegen die Gewerkschaften zu liefern, bei einem Sechstel der Belegschaften haben sie 26,1 vH der Stimmen erhalten; im ganzen haben ihnen etwa 4 bis 5 vH der Arbeiter den Schutz ihrer Interessen in den Betriebsräten anvertraut, während etwa 80 bis 85 vH der Belegschaften zu den freien Gewerkschaften hielten.

Ein solcher Tiefstand ist noch nie erreicht worden. Aber auch bei den anderen Berufen ist es sehr schlimm. Bei den Metallarbeitern sind 28 vH arbeitslos und 27 vH arbeiten verkürzt, bei den Textilarbeitern lauten diese Zahlen 21 und 41 vH, bei den Schuhmachern 30 und 57 vH, bei den Holzarbeitern 46 und 14 vH usw. Sogar bei den Nahrungsmittelarbeitern waren 16 vH arbeitslos und 19 vH arbeiteten verkürzt.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten Monaten beweist, daß die auf unzählige Millionen Mark lautenden „Ersparnisse“ in den Lohnkonten keinem einzigen Arbeitslosen Beschäftigung zu schaffen vermochten. Man glaubte in der Senkung des Lohnes das Heilmittel gefunden zu haben, die Arbeitslosigkeit herabzudrücken. Statt dessen wuchs die Zahl der Arbeitslosen ins Ungemessene. Die Schwächung der Kaufkraft hat die Krise in Deutschland ungeheuer verschärft. 52 vH der deutschen Industriearbeiter sind noch in der glücklichen Lage, den vollen Arbeitsverdienst zu erreichen. Diese Tatsache wird für alle Zeiten ein Schandmal für die deutsche Wirtschaftsführung bleiben. Unsere Wirtschaftsführer sind bekanntlich genial.

Die Bezüge der Minister

Der sächsische Ministerpräsident bezieht 30 000 M Gehalt, 18 000 M Dienstaufwandsentschädigung, 2160 M Wohnungsgeld.

Die übrigen sächsischen Minister beziehen 30 000 M Gehalt, 3000 M Dienstaufwandsentschädigung, 2160 M Wohnungsgeld. Dazu kommen, je nach dem Familienstand, die Kinderbeihilfen von jährlich 240 M für jedes der ersten beiden Kinder und 300 M für das dritte und vierte Kind.

Die Dienstaufwandsentschädigungen betragen beim Gesamtministerium (Kapitel 18) jährlich 24 000 M (Ministerpräsident 18 000 M, Ministerialdirektor 1500 M — und 3000 M Stellenzulage —, für die drei Ministerialräte je 1200 M, ein Oberregierungsrat 900 M); beim Justizministerium 30 000 M; beim Innenministerium 31 500 M; beim Arbeitsministerium 24 300 M; beim Wirtschaftsministerium 23 400 M; beim Volksbildungsministerium 22 800 M; beim Finanzministerium 39 300 M. Von diesen Beträgen entfallen auf den Minister die eingangs erwähnten 3000 M.

Die Sozialdemokratie beantragt, diese eingestellten Beträge für Dienstaufwandsentschädigung zu streichen, weil die Gehaltsbezüge der oberen Beamten ohnehin zu hoch sind. Uns will scheinen, daß auch die Gehaltsbezüge einen kräftigen Abschlag vertragen könnten.

Ja, so ist's

„Riesenzentrale und protzige Verwaltungsbauten sind die Kennzeichen unserer heutigen Zeit, die die Massen regieren und jeden einzelnen den Tribut zahlen lassen. Rationalisierung und Verwaltung, Schlagwörter unserer Zeit, scheinbar oft im Einklang, aber doch zum größten Teil am Unglück mit schuld. Die Verwaltungskosten, sowohl behördliche als auch private, die Unzahl der Pensionen (80 vH des Gehalts) erdrücken uns, und deshalb müssen sie schnellstens abgebaut werden! Auto hin — Auto her, kaum daß jemand der etwas zu sagen hat, noch geht, sei es der kleinste Geschäftsmann oder der Generaldirektor. Welche Maschinerie wird für eine einzige Menschenseele oft aufgebracht, um sie einige hundert Meter weit zu befördern. Karosserie, Ledersitze, Motor, Chauffeur, Betriebsstoff, Wartung, Unterhaltung usw., alles vielleicht nur, um jemanden guten Tag zu sagen oder sonst einiges zu reden oder zu bringen. Welch ein Aufwand, und wie muß das allgemeine Unkostenkonto dadurch steigen, und was soll dabei billiger werden?“

Diese Anweisung stammt aus der Unternehmerzeitschrift „Ziegel und Zement“ (Nr. 52), die der „Keramische Bund“ (Nr. 3) zitiert. Es hieße Enkel nach Affen tragen, wenn wir dieser vorfälligen Charakteristik weiteres hinzufügen wollten.



Bei den „Säuen“, die...

In diesen Tagen veranstaltete der Gau München der Nationalsozialistischen Partei eine Werbeversammlung. Dabei sprach der Landtagsabgeordnete Dauser. Er erzählte:

„Welcher Unterschied besteht zwischen dem Saustall eines Bauern und dem Saustall in der bäuerlichen Wirtschaft? — Die Säue, die aus dem Saustall eines Bauern kommen, sind in der Regel genießbar, jene aber, die unsere Wirtschaft führen, nicht.“

Für das Geld die Leistung

Nach einem Bericht des Dortmunder Generalanzeigers hat Hitler in der letzten Zeit wiederholt in Essen geweltet, um hier mit Industriellen Aussprache wegen finanzieller Unterstützung seiner Bewegung zu pflegen. Wiederholte habe er mit Herrn von Löwenstein vom Bergbaulichen Verein verhandelt, der ja bekanntlich der Exponent der Bergbauunternehmer sei. Zu den Verhandlungen seien einige Gäste aus den Kreisen der Kohlenfürsten hinzugezogen worden. Hitler habe nicht im Hotel übernachtet, sondern immer bei einem seiner Freunde „aus Kohle und Eisen“. Nach den Berichten des Dortmunder Generalanzeigers sollen Hitler aus Industriekreisen zweimal recht bedeutende Summen — man nennt sechsstelligen Zahlen — überwiesen worden sein. Hitler soll den Wünschen des Großunternehmens, besonders hinsichtlich der Arbeitszeitfrage entgegenkommen bewiesen haben. Auf Fürsprache oder richtiger Bürgschaft von Industriellen sei der Essener Nationalzeitung, dem Blatt der Nationalsozialisten, ein Bankkredit von 90 000 M eingeräumt worden.

Für die Proleten

Aus Großenhain wird der Chemnitzer Volksstimme (vom 21. Januar) gemeldet: Am Montagabend wurde der Führer der Großenhainer Reichsbanners, Zöllner, mit noch einigen anderen Kameraden von einer 15 bis 20 Mann starken Hakenkreuzgruppe unter Führung eines in Großenhain berühmten Nazis, der 1923 noch kommunistischer Erwerbslosenführer war, überfallen und geschlagen. Zöllner wurde erheblich am Kopf verletzt. Später zogen die Hakenkreuzler zum Gewerkschaftsheim und zertrümmerten dort die Fensterscheiben. Reichsbannerleute wurden erneut überfallen. Fünf schwer verletzte Kameraden mußten bewußtlos in das Krankenhaus transportiert werden. Landespolizei ist eingesetzt worden. Es ist dann zu keinem Zwischenfall mehr gekommen.

Eia, eia, allala!

Wenn ich mich mit meinem Kritikerkollegen im Leipziger Konzertsaal von fern begrüße, dann hebe ich die rechte Hand ein bißchen, etwa bis zur Augenhöhe, und wedele mit den Fingern. Er macht's ebenso. Schon seit etlichen Jahren halter wir das so. Dieweil wir zwölf Reihen auseinandersetzen. Dieser Tage haben wir uns eben wieder zugewandelt. D steht plötzlich ein Herr in Smoking vor mir: „Herr Gammerrahd, Sie müssen doch awr usrn Hiddlgruhs ä häbbjzackehr (ein bißchen zackiger) ausiehm! De Hand heeber unn de Fingr schdille halldn. Na, nichts fier un ghald, Herr Gammerrahd!“ Und er entschnob mit treudeutschem Gruß. Heill



Technik und Werkstatt



Das Biegen von Rohren

Die Herstellung von Rohrschlangen in Spiral- oder Bündelform, Heiz- und Kühltaschen, Rohrkessel, Rohrleitungen usw., bei denen ein Biegen der Rohre erforderlich ist, geht ins Unendliche. Unter Zuhilfenahme des autogenen Schweißens ist es heute möglich, die früher so viel benutzten Rohrverbindungen, wie Flanschen, Verschraubungen, Muffen usw., wenn auch nicht ganz auszuschalten, so doch auf eine sehr geringe Zahl zu beschränken. Damit wird nicht nur die Verwendungsfähigkeit der Rohrzeugnisse erheblich gesteigert, sondern sie erhalten auch durch das Fehlen der vielen Dichtungsstellen eine viel größere Betriebssicherheit. Als weiterer Vorteil ergibt sich hierdurch eine erhebliche Kostenersparnis.

Das Biegen der Rohre mittels Sandfüllung, ein Verfahren, wie es früher nicht anders bekannt war und auch heute noch in manchen Betrieben bewirkt wird, ist nicht nur sehr zeitraubend, sondern auch für die damit betrauten Arbeiter eine stumpfsinnige Beschäftigung. Eine sehr wesentliche Abhilfe hierin bewirkten die Rohrbiegemaschinen oder -apparate. Das so lästige Füllen der Rohre mit Sand fällt bei Verwendung dieser Maschinen oder Apparate fort.

Die Konstruktion der Rohrbiegemaschinen oder -apparate ist verschieden, schon aus dem Grunde, weil sie teils nur für Riemenantrieb und teils nur für Handbetrieb eingerichtet sind. Sie haben aber alle das Gemeinsame, daß sie eine Vorrichtung besitzen, die entsprechend dem jeweiligen Biegungsradius eingestellt wird. Natürlich gilt das letztere für kleine Maschinen und Apparate nur bis zu einer gewissen Grenze. Es liegt an der Sonderausführung der Rohrbiegemaschinen oder -apparate, ob das Biegen bis zu 90 Grad oder 180 Grad oder in ganzen Spiralen ausgeführt werden kann. Das Biegen selbst kann bis ans Rohrende, also ohne Verschnitt, erfolgen. Bei der Herstellung von Schlangen in Spiralförmigkeit wird vielfach so verfahren, daß zuerst eine Anzahl Rohre zusammenschweißend und dann in der Biegemaschine zu einer endlosen Spirale gebogen werden. Es ist nicht Bedingung, daß das Biegen der Rohre in gleicher Richtung erfolgen muß, sondern es kann auch in anderer Richtung gebogen werden.

Das Biegen der Rohre auf Maschinen und Apparaten geschieht in der Regel auf kaltem Wege, sofern dies die Rohrbeschaffenheit zuläßt. Die nahtlosen Eisenrohre, wie Siederöhre, Mannesmannrohre oder patentgeschweißte Rohre lassen sich maschinell leicht biegen. Sie besitzen für den allgemeinen Gebrauch eine dünnere Wand als Gas- und Wasserrohre. Auch Rohre aus Kupfer, Messing, Zinn, Aluminium usw. können auf Rohrbiegemaschinen oder -apparaten gebogen werden, wenn die Wandstärke nicht allzu gering ist. Große Sorgfalt erfordert das Biegen von Profilrohren auf mechanischem Wege. Das Biegen der nichtnahtlosen Gas- und Wasserleitungsrohre auf kaltem Wege ist heute bis zu 4" l. W. auf Spezialbiegemaschinen möglich. Es ist dies eine beachtenswerte Leistung, wenn man bedenkt, daß die Naht dieser Rohre keine großen Beanspruchungen vertragen kann, ohne nicht aufzuplatzen. Die Naht muß hierbei zentrisch zur Biegung liegen; sie darf sich also nicht seitwärts befinden, da sonst ein Aufplatzen der Naht eintritt kann.

Die Herstellung von Rohrbogen aus nahtlosem Rohrmaterial ist heute ein Sonderfabrikationszweig geworden. Es werden Rohrbogen von 90 und 180° so vollendet hergestellt, wie man sie im eigenen Betrieb, auch mit Hilfe von Rohrbiegemaschinen, kaum selbst herstellen kann. Da heute die Rohrverbindungen meistens durch S-Weissen hergestellt werden, so werden die Rohrbogen in der Hauptsache für diesen Zweck vorgesehen. Ein Anbringen von Flanschen mittels Gewinde oder Aufwalzen ist daher nicht möglich, dagegen können sie mittels Schweißen angebracht werden. In allen Fällen, wo Rohrbogen mit Flanschen mittels Aufwalzen oder Gewinde erforderlich ist, müssen die ersteren mit Zugabe versehen werden.

Das Biegen von sehr dünnwandigen Rohren aus Kupfer, Messing, Zinn, Aluminium usw. läßt sich äußerst schwierig ohne Füllen der Rohre einwandfrei durchführen. Als Füllmaterial benutzt man meistens geschmolzenes Kolophonium oder ein anderes billiges schmelzbares Harz. Nach dem Biegen werden die Füllstellen erhitzt, wodurch das Kolophonium wieder flüssig wird und hierdurch leicht entfernt werden kann. Der Sand eignet sich zum Füllen von Rohren aus weichem Metall nicht gut, weil er durch die Pressung beim Biegen die Rohrwand rau macht, vielfach auch eingedrückte Sandkörner an der Wand beim Entleeren hängenbleiben und die sich später schlecht entfernen lassen.

Zum Füllen läßt sich auch Wasser verwenden, jedoch erfordert dies ein sorgfältiges Verschließen der beiden Rohrenden. Durch das letztere wird aber die Biegung verteuert, so daß man meistens von diesem Verfahren Abstand nimmt. Ganz gleich nun, welches Material zum Füllen genommen wird, in jedem Falle muß darauf geachtet werden, daß es in dem Rohr keine Hohlräume bildet und vor allem auch trocken ist, da in der Regel bei derartigen Füllungen das Verschließen der Rohrenden mittels Holzstopfen bewirkt wird. Enthält das Füllmaterial Feuchtigkeit in erheblicher Menge, so wird sie beim Erhitzen der Rohre in Dampf übergeführt und es entstehen im Rohr selbst Überdrücke, die ein explosionsartiges Herausdrücken der Holzstopfen bewirken können. Selbstverständlich kann aus diesem Grunde das Biegen von Rohren mit Wasserfüllung nur auf kaltem Wege geschehen, damit etwaige Unglücksfälle vermieden werden.

Ein neues Rohrbiegeverfahren, das schon längere Zeit in Amerika verwendet werden soll, besteht darin, daß die Rohre oder wenigstens die Biegestellen mit Wasser

gefüllt und dann einem Gefrierprozeß unterworfen werden. Hierbei friert das Wasser zu Eis. Durch seine kompakte Masse füllt das Eis das Rohrinne vollständig aus, und es wäre daher als ein ideales Füllmaterial anzusehen, zumal seine Entfernung gar keine Kosten verursacht, denn nach dem Biegen werden die Rohre in Räume gebracht, die nur Zimmertemperatur zu besitzen brauchen, um das Eis zum Schmelzen zu bringen. Eine andere Frage ist nun die, ob nicht schließlich zu befürchten ist, daß das zu Eis gewordene Wasser infolge seines größeren Volumens eine Sprengung der Rohrwand herbeiführen kann. Anders wäre es bei nahtlosen Eisenrohren, die sich wohl eher für das Verfahren eignen dürften. Wenn man von der Winterzeit absieht, wo die Natur das Gefrieren des Wassers in den zu bielegenden Rohren kostenlos bewirkt, so muß für die Durchführung des Verfahrens eine besondere Kälteerzeugungsanlage angeschafft werden. Ob sich eine solche rentiert, hängt natürlich in erster Linie davon ab, in welchem Maße Rohrbiegungen vorgenommen werden sollen.

Der Mechanismus fast aller Rohrbiegemaschinen und -apparate ist ziemlich gleich, der maschinelle Betrieb weicht von dem Handbetrieb nur dadurch ab, daß der Vorschub bei dem letzteren durch einen mit Klinke versehenen Hebel bewirkt wird, während er auf maschinellem Wege durch Riemenscheiben und Zahnradgetriebe erzielt wird. Bei einigen Konstruktionen ist die letztere Art auch für den Handbetrieb eingerichtet.

S. Sch.

Die Verwendung von Tantalblechen

Die Technik von heute verfügt über Werkstoffe, die Beanspruchungen aushalten können, die man früher einfach für unmöglich hielt. Handelt es sich in der Industrie darum, mit scharfen Säuren oder Lösungen zu arbeiten, so benutzt man jetzt Auskleidungen mit Tantalblech, wenn alle anderen Stoffe versagen; Tantal hält immer noch den Anfrassungen stand. Essigsäure und selbst Königswasser greifen Tantal nicht an, verdünnte und auch starke Salpetersäure ist auf Tantal ohne Einfluß, Salzsäure, sogar die kochende, konzentrierte, kann Tantal nichts anhaben. Chlorgas wirkt auf Tantal nicht ein, desgleichen das verflüssigte Chlor. Auch den Laugen gegenüber ist das Metall vollkommen standhaft. Kalte, starke Natronlauge greift Tantalbleche nicht im geringsten an. Nicht allein, daß Tantal praktisch gegen jegliche Anfrassung gefeit ist, es läßt sich gut bearbeiten, ist zäh, leicht zu walzen und zu schweißen. Tantal ist ferner ein Metall, das Stöße und Erschütterungen aushält und auch der Abnutzung widersteht; es bleibt von der Hitze unbeeinträchtigt bis zu Temperaturen von etwa 320 Grad Celsius und erträgt schroffen Temperaturwechsel ohne jeglichen Schaden.

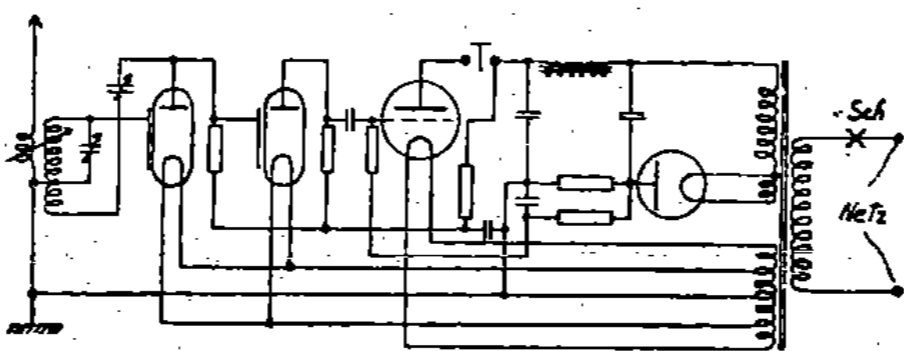
Wohl das gefürchtetste unter allen, die Gefäßwandungen zerschneidenden Mitteln, das feuchte Chlorgas, ist ohne Einfluß auf Tantal. Man kleidet daher Behälter, die dieses Gas einschließen, mit Tantalblechen aus und stellt Ventile für Chlorgasleitungen her. Bei der Herstellung reiner Säuren, bei der Gewinnung von Zwischenprodukten für die Färberei und Farbstoffherstellung kommt es nicht allein darauf an, Behälter zu haben, die dem Angriff genügend widerstehen, sondern es muß auch vermieden werden, daß selbst Spuren der Metalle in Lösung gehen und die Erzeugnisse verunreinigen. Besonders hier ist das Tantalmetall von unschätzbarem Werte.

Neue Netzhöhren und ihre Benutzung

Auf der letzten Funkausstellung im August des vergangenen Jahres brachten einige Röhrenfabriken neue Netzhöhren heraus, die gegenüber den bisher üblichen gewisse Vorteile besitzen. Bevor wir auf diese Vorteile und die sich dadurch beim Netzempfängerbau ergebenden Auswirkungen näher eingehen, sei noch ein Nachteil erwähnt. Die neuen Netzhöhren können nur erst in Ortsempfängern benutzt werden. In den ersten Stufen der Fernempfänger lassen sie sich also nicht verwenden. Desgleichen sind sie auch nicht für die Endstufe, also als Lautsprecheröhre, zu gebrauchen.

Nun zu den Vorteilen. In erster Linie steht hier der geringere Preis gegenüber den bisher üblichen Röhren. Die Röhren sind vor allen Dingen für Wechselstromnetzempfänger bestimmt. Die vom Netztransformator gelieferte Wechselspannung wird direkt an den Heizfaden gelegt, wobei ein weiterer Vorteil darin besteht, daß keinerlei Netzbrücken zu hören ist. Auf den Bau der Röhren und die Schaltmaßnahmen werden wir noch zu sprechen kommen. Weitere Vorteile sind der geringe Platzbedarf, die leichte Montage und die Vereinfachung des Empfängerbaus, da eine Reihe Einzelteile entfallen können. Dies ist ja auch aus dem beigefügten Schema ersichtlich.

Das äußere Aussehen und der innere Aufbau der neuen Röhren weichen von der Konstruktion der bisherigen vollkommen ab. Es ist nämlich gar kein Glasballon, sondern die



Röhre sieht vielmehr eher wie ein flacher Stab aus, weshalb man auch die Bezeichnung „Staböhren“ dafür geprägt hat. Diese eigenartige äußere Form ist durch den inneren Bau bedingt. Im Innern des Glasbehälters befinden sich nämlich nur der Heizfaden und die Anode. Ein Gitter ist nicht vorhanden. Dafür trägt die Staböhre außen einen aufgespritzten Metallbelag. Infolge des inneren Aufbaues besitzen die Röhren auch einen Sockel mit nur drei Stiften. Nämlich zwei Stifte für den Heizfaden und einen für den Anschluß der Anode. Der aufgespritzte Metallbelag ist mit einem Blechstreifen am Sockel verbunden. Auch das Verhalten dieser Staböhren ist ein anderes als das der üblichen Röhren, weshalb — wie bemerkt wurde — ein Teil der bisher notwendigen Schaltelemente entfallen kann.

Es mag nunmehr noch etwas über den Bau eines mit den neuen Röhren ausgestatteten Ortsempfängers gesagt werden. Die Abbildung zeigt eine der möglichen Schaltungen. Hierzu kurz einige Erläuterungen. Die Staböhren werden nur für das Audion und für die Widerstandsverstärkerstufe benutzt. Als Endröhre findet eine normale Lautsprecheröhre Verwendung. Der Gitterwiderstand und Blockkondensator des Audion fallen fort. Desgleichen fällt auch bei der zweiten Röhre ebenfalls die Gitterkombination (Widerstand und Kondensator) fort. Dafür wird die Anode der ersten Röhre direkt mit dem Metallbelag der zweiten verbunden. Die Kopplung zwischen der zweiten und der Endröhre geschieht wie bisher.

Der Netzteil besteht aus dem Netztransformator, der Gleichrichteröhre, einer gewöhnlichen Netzdrössel, einigen Widerständen zur Spannungsreduktion und einigen Überbrückungskondensatoren hoher Leistungsfähigkeit. Der Netzteil arbeitet mit Halbweggleichrichtung, worauf beim Kauf des Transformators und der Gleichrichteröhre zu achten ist. Der Netztransformator besitzt eine mehrfach angezapfte Spezialwicklung. Der Mittelpunkt dieser Wicklung wird mit der Erde verbunden. Die Gittervorspannungen werden im Gerät automatisch durch Spannungsabfall an den Widerständen erzeugt. Besondere Batterien hierzu sind also überflüssig.

Die Spulen und der Kondensator des Abstimmkreises besitzen die üblichen Ausmaße. Die Regelung der Rückkopplung erfolgt durch einen der üblichen kleinen Hartpapierdrehkodensatoren. Die Ein- und Ausschaltung des Apparates erfolgt durch den in die Zuführung zum Netz gelegten Ausschalter Sch. Lautstärke und Klangreinheit eines nach dem angegebenen Schema geschalteten Apparates sind als gut anzusehen.

Ing. K. N.

Dr.-Ing. h. c.

(Nachdruck verboten.)

„Für besondere Verdienste um die Wissenschaft wird die Doktorwürde namentlich bei größeren akademischen Festen (Jubiläen usw.) auch ohne vorangegangene Prüfung honoris causa (ehrenhalber) erteilt.“ So zu lesen in Meyers Lexikon. Aber es stimmt nicht mehr; den Titel Dr. h. c. oder Dr. e. h. erlangen heute nicht nur Persönlichkeiten, die sich um die Wissenschaft besonders verdient gemacht haben, sondern auch andere, die mit der Wissenschaft wenig oder gar nichts zu tun haben, aber den Universitäten für irgendwelche Zwecke größere Summen zur Verfügung stellen.

Es ist ferner bekannt, daß viele Personen, die keine technische Hochschule besucht haben und demgemäß auch nicht die Möglichkeit besitzen, den Titel eines Dipl.-Ing. oder Dr.-Ing. zu erlangen, sich um die technischen Wissenschaften so verdient gemacht haben, daß sie des Titels Dr.-Ing. h. c. würdig befunden wurden. Diesen Persönlichkeiten wollen wir alle Ehre erweisen. Aber wir müssen dagegen Einspruch erheben, daß dieser Titel Männern ohne jede technische Bildung nur darum verliehen wird, weil sie Inhaber oder Leiter irgendeines großen Unternehmens sind oder aus irgendeinem Anlaß einige tausend Mark für eine Universität oder ein Forschungsinstitut zur Verfügung gestellt haben. In einem Menschen, der den Titel ehrenhalber, das heißt ohne jede Prüfung auf dem in Betracht kommenden Gebiete, erhält, muß das Volk naturgemäß einen Mann von außerordentlichem Wissen, eine Autorität, erblicken. Tatsächlich sind ja manche Personen dieser besonderen Wertschätzung würdig, weil sie den Ehrentitel infolge ihres reichen Wissens und ihrer hervorragenden Leistungen erlangt haben; aber gerade darum ist ein Volksbetrug darin zu erblicken, wenn der Titel Dr. h. c. auch käuflich zu erwerben ist. Alle Personen, die ihn auf Grund ihrer Verdienste erworben haben, können sich mit Recht darüber beschweren, daß der Ehrentitel durch diesen Titelhandel entwertet wird. Orden und Auszeichnungen, die man sich kaufen kann, besitzen keinen ideellen, sondern nur einen materiellen Wert.

Ein besonderer Fall des Titelhandels, der kürzlich die Gerichte beschäftigte, gibt einem Arbeiterblatte zu der Bemerkung Veranlassung, daß diese ganze Art der Beschaffung des Dokortitels nichts anderes sei als eine Schnorrerei, die die Hochachtung vor dem Titel beseitigt, da man doch befürchten müsse, daß zwar nicht jeder Titelhalter, so doch viele Personen den Titel auf irgendeine krumme Weise erlangt hätten. „Daß es gerade die Vertreter eines Arbeitgeberverbandes sind, die enorme Mittel aus irgendwelchen Quellen zur Verfügung stellen wollen, um die Titelsucht zu verstärken, ist von besonderem Reiz. Dazu noch die gleichen Arbeitgeber, die bei jeder Gelegenheit nicht müde sind, zu erklären, daß sie auf dem letzten Loch pfeifen; das ist für die Arbeiterschaft bemerkenswert. Vielleicht sollen die Hunderttausend aus dem Abbau der Verdienste der Arbeiter bestritten werden. Das wäre allerdings eine originelle Lösung der Frage, wie man Doktor wird.“

In dem vorliegenden Streitfall handelte es sich um die Führer eines großen Industriebundes. Immerhin muß man sich wundern, daß nicht alle verfügbaren Mittel der Verbände zur Überwindung der Wirtschaftskrise aufgewendet werden und daß überhaupt noch größere Summen für so nichtige Dinge zur Verfügung stehen.

Arnold Rhode, Ing.

Parkerisierung

Es ist bekannt, daß jährlich für viele Millionen Eisenteile zugrunde gehen durch den Einfluß des Luftsauerstoffs, also durch Rosten. Es wird versucht, das Rosten zu verhindern. Bekannt ist das Anstreichen. Die Frage ist aber noch nicht gelöst, namentlich was Wirtschaftlichkeit des Verfahrens anlangt. Ein amerikanisches Verfahren ist die „Parkerisierung“. Dabei wird das Eisen auf chemischem Wege mit einem patentierten Überzug versehen, einem Gemisch von Schwermetallphosphaten. Das wird durch bloßes Eintauchen des Werkstückes in ein heißes Bad erreicht. Im Bad ist das „Parkersalz“ aufgelöst. Der Vorgang ist rein chemisch, also ohne Strom und ohne mechanische Behandlung, jedoch muß das Eisenstück, wie üblich, sauber gemacht sein. Die Schicht aus Schwermetallphosphaten schützt nun (angeblich besser als jedes andere Verfahren!) vor Oxidation, das heißt vor dem Verrosten. Es soll dies darauf beruhen, daß sich beim parkerisierten Eisen keinerlei elektrolitische Spannungen an der Oberfläche entwickeln können. Auf der Phosphatschicht haftet jeder beliebige Lack und jede Farbe gut, die man dem Werkstück geben will. In USA sind große Metallbauten auf diese Weise behandelt worden.



Familie und Heim



Das verängstigte Kind Von Dr. K. Weitzel

Als ich kürzlich eine mir bekannte Familie besuchen wollte und an der Vorsaaltür klingelte, hörte ich schon von draußen lautes Weinen. Ich mußte nochmals klingeln, bis mir die Kinder öffneten. Die Eltern waren kurze Zeit weggegangen, und in ihrer Abwesenheit hatte der elfjährige Fritz beim Spielen versehentlich eine Vase heruntergeschlagen, die in tausend Scherben am Boden lag. Fritz, den ich als stilles, etwas gedrücktes Kind kannte, schluchzte zum Herzerbrechen, klammerte sich an mich und beschwor mich, ihn mitzunehmen, denn er fürchte sich vor den Eltern und bekäme gar solche Schläge. Meine Beschwichtigungsversuche nützten nichts. Er blieb fassungslos, bis ich ihm versprach, wenigstens bis zur Ankunft der Eltern dazubleiben.

Diese waren in der Tat aufs höchste erregt und wollten sofort eine „exemplarische Bestrafung“ vornehmen. Erst im letzten Augenblick gelang es mir, sie zu einer ruhigen Aussprache auf die Stühle zu zwingen. Diese dauerte eine Stunde, und wenn der Vater auch schwer zu überzeugen war, so gelang es mir, bei der Mutter Boden zu gewinnen. Damit war die nötige Bresche geschlagen. Leider waren es so viele Binsenwahrheiten, die ich ihnen vorsichtig beibringen mußte: vom Strafen in der Erregung, von der Einrichtung und Ausschmückung eines Zimmers, das als Aufenthaltsort der Kinder dient, vom Bewegungstrieb der Kinder, von versehentlichen Handlungen, die jedem Erwachsenen genau so unterlaufen können, von einem hübschen Wort Theodor Fontanes, das ich in seinen „Kinderjahren“ gelesen hatte: daß nämlich „beschränkte Leute von der Erziehungsvorstellung die Vorstellung der Strafe nicht trennen könnten“, und schließlich von all dem, was sie mit einer solchen Behandlung des Kindes heraufbeschworen. Wie leicht kann ein derartig verängstigtes Kind zu einer unüberlegten, verzweifelten Handlung getrieben werden, wie leicht auch auf den Weg der Lüge und damit auf die Bahn einer zunehmenden Entfremdung zu seinen Eltern!

Ein Kind wird ja nicht nur von seinem Bewegungstrieb, sondern überhaupt von den Eigentümlichkeiten seines Charakters und seiner Anlagen viel stärker beherrscht als der Erwachsene. Drückt aber die Autorität der Erwachsenen zu sehr auf das Kind, versuchen die Eltern gar, ihm seine Welt zu rauben und in die junge Seele etwas hineinzuzwingen, wofür die Natur in ihr keinen Lebensboden geschaffen hat, so ersticken sie des Kindes Eigenpersönlichkeit und vernichten bodenständiges Leben. Außerlich zeigen solche Kinder stets ein verängstigtes, verschüchtertes Wesen. Man hüte sich also davor, dem Kinde etwas als schlecht einzureden, was es als einen Teil seines Wesens in sich fühlt und was zu pflegen ihm Bedürfnis und Seligkeit ist. Man vermeide es, ihm fortwährend zu sagen: „Du kannst nichts, aus dir wird nichts!“ Nein, es gilt, lebendig zu machen, nicht zu ersticken und zu ertöten! Nur so wird das Kind einmal eine starke, zitiere Persönlichkeit.

Mitunter schreibt sich die Verängstigung des Kindes auch aus einem anderen Erziehungsfehler her, aus der Unsitte, ihm allzu phantastische, ja furchterregende Geschichten zu erzählen, bei denen man das Gruseln lernen kann. Werden derartige Vorstellungen einer drohenden Gefahr oder auch nur schreckhafte Bilder in die Kindesseele gepflanzt, so kann schon die Erwartung von etwas Unbekanntem, was nicht in den alltäglichen Vorstellungskreis hineinpaßt, im Kinde gewohnheitsmäßige Angstzustände hervorrufen. Es ist oft sehr schwer, derartig verängstigten Kindern wieder die Welt des Wirklichen mit ihren Maßstäben zum unverlierbaren Bewußtseinsinhalt zu machen. Nur ruhiger Zuspruch, Geduld und schließlich reger Verkehr mit den verschiedensten gleichaltrigen Gespielen werden hier zur Gesundung führen und das Kind an Selbstvertrauen gewöhnen.

Von Pestalozzi stammt das Wort: „Menschen sind Rätsel von Gott.“ Es ist nicht verwunderlich, daß sich gerade ihm, einem der ersten, der tiefer in der Seele des

Kindes zu forschen wußte, diese Beobachtung immer wieder aufdrängte. Liegt doch auch die Vielfältigkeit menschlicher Wesensanlagen in der Jugend ganz besonders klar zutage! Ein solches Rätsel sind für den Erzieher oft diejenigen Kinder, deren Gefühlsleben besonders stark entwickelt ist. Sie pflegen heutzutage nicht die große Menge auszumachen, finden sich aber unter Knaben ebenso häufig wie unter Mädchen. Sie sind feiner besaitet als die anderen, oft ruhen in ihnen künstlerische Anlagen, aus denen bei rechter Pflege und Beachtung Bedeutendes werden kann; mitunter fehlt ihnen aber die Brücke, die aus dem Kinderland in die wirkliche Welt führt. Schüchtern bis zur Angstlichkeit, werden sie röt und verlegen, sowie man sie nur anspricht, und unter ihren robusteren Kameraden fühlen sie sich vereinsamt, zumal sie häufig in der Abgeschlossenheit der Kinderstube aufgewachsen sind. Karl Scheffler schildert in seinem „Jungen Tobias“ einen solchen Knaben und sucht gleichzeitig nach einer Erklärung seines Wesens: „Die Verlegenheit war ihm wie ein körperlicher Zwang, sie war wie eine Lähmung... von den fremden Menschen ging für ihn ein Strom von Willen und Kraft aus.



der ihn vollkommen verwirrte... Vor dem, was ihm stärker erschien, wurde der Knabe verlegen, weil er sich selber gering vorkam.

Es ist schwer zu sagen, was es mit dieser peinigen Verlegenheit auf sich hat, ob die Verlegenheit mehr etwas Körperliches von den Nerven ist oder etwas Seelisches, dergestalt, daß seelische Kräfte mit Hilfe der Verlegenheit Absperrungsmaßregeln gegen die Außenwelt ergreifen, um in der ihnen wesentlichen Entfaltung nicht von außen gestört zu werden.“ Es bedarf keines Wortes, daß gerade hier eine zielbewußte Leitung des Kindes vonnöten ist, daß man es früh an fremde Gesichter, Menschen und Eindrücke gewöhnen muß. Mit Geduld und sachlichem Zuspruch wird auch hier allmählich der rechte Ausgleich zwischen einer derartigen Charakteranlage und den Erfordernissen der Wirklichkeit erreicht werden können.

Das verängstigte Kind ist — ganz gleich, aus welchen Quellen die Verängstigung stammt — für das spätere Leben schlecht gerüstet. Aus derartigen Kindern pflegen die Menschen hervorzugehen, die infolge ihres herabgedrückten Selbstbewußtseins niemals Kraft entwickeln können und keiner Lage gewachsen sind. Bei allem, was sie tun, fragen sie nur danach, was die anderen von ihnen denken, und statt Selbstsicherheit und Glaube an sich selbst folgt ihnen wie ein Schatten j e n e L e b e n s a n g s t, die es ihnen immer wieder unmöglich macht, das Leben und den Erfolg zu zwingen. Eltern und Erzieher sollten daher alles tun, um beizeiten einer Verängstigung und Verschüchterung des Kindes vorzubeugen!

setzen und zu lesen. Die Leiterin hat verraten, daß hier bei d. Alten der Liebesroman, „der so richtig aus dem Leben gegriffen“ ist, zu seinem Recht kommt. Jeder liest das, was ihm zusagt. Im übrigen genießen sie im Altersheim dieselbe Freiheit die sie draußen in der Stadt auch haben. Sie können ausgehen wann sie wollen, können Besuch haben und teilen sich ihre Zeit nach ihrem Ermessen ein. Im allgemeinen ist um 10 Uhr aber Ruhe. Das Haus ist aber bis um 1 Uhr nachts geöffnet, damit diejenigen, die mit der letzten Straßenbahn aus der Stadt kommen, noch Einlaß finden. Es kommt auch vor, daß der eine oder der andere vielleicht auf einige Tage aus dem Heim fortgeht. Dann ist natürlich die Verwaltung vorher davon in Kenntnis zu setzen. Man entfernt sich aus seiner Privatwohnung auch nicht so ohne weiteres, ohne seine Familienangehörigen davon zu benachrichtigen. Die Hausordnung gebietet auch nur das, was man im Leben im allgemeinen von Menschen verlangen darf. Das ist's auch, was dem Heim den familiären Anstrich gibt. Gleich wenn man zur Tür hereinkommt. Es strotzt nicht von Verbotstafeln.

Sonntags und auch oftmals an Wochentagen findet sich ein großer Teil der Bewohner im Festsaal ein. Da ist immer etwas los. Seien es Arbeitersänger, Musiker, seien es Turner oder Jugendgruppen, immer finden sich befreundete Arbeiterorganisationen, die ihren Alten eine kleine Freude machen. Viel wird durch diese Darbietungen der Tag zum richtigen Festtag.

Die althergebrachten Feste werden natürlich auch gefeiert, aber auch die neuen vergrüßt man nicht. Der Verfassungstag ein solch neuer Festtag. Solche Tage festlich zu begehen, ist natürlich nur möglich, wenn die Leitung des Heims in bewährten Händen liegt, wie das hier in Groß-Borstel der Fall ist. Unsere Alten sind zufrieden mit dem, was sie hier gefunden haben. Eins nur ist zu bedauern, daß wir noch nicht alle Alten so zufriedenstellen können. Erika von Glahn, Hamburg.

Das billige Warenhaus

Zeichen der allgemeinen Wirtschaftskrise: Die Geschäfte sind leer, soweit sie nicht die notwendigsten täglichen Bedarfsartikel führen. In den großen Warenhäusern, wo sich in Zeiten guten Wirtschaftsganges die Käufer drängen, stehen jetzt die Verkäuferinnen gelangweilt an ihren Warenständen, wenn sie nicht gerade irgendeine Neuheit anpreisen. Nur in wenigen Stunden der ganzen Woche, vielleicht am Samstagnachmittag, ist etwas besser. Kein Wunder in der Zeit der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, des Lohn- und Gehaltsabzuges.

In den letzten Jahren sind Geschäfte entstanden, die zu sogenannten Einheitspreisen, das heißt 25 Pf., 50 Pf. oder 1 M. Waren in Serien auslegen und anbieten. In diesen Läden drängt sich heute das Publikum mehr wie früher in den großen Geschäften. Was es hier auch nicht alles gibt für wenig Geld. Vom Hauspantoffel zu Waschstoffen, Galanteriewaren, ungrammofonen, Parfümerien, Schreibpapier, Spielsachen, Werkzeugen und leckeren Süßigkeiten, auch Kaffee, Schokolade, warme Würstchen und Rippen mit Kraut. Und immer alles für 25 oder 50 Pf., höchstensfalls 1 M.

Da ist ein Geschick zwischen den Warenständen; alles steht sich vor einzelnen billigen Neuheiten. Kinder zerrn die Mutter vor die bunten Herrlichkeiten, junge Backfische durchstöbern die Stöße von Liebesromanen, unter denen man neben de Marlitt und ähnlichen auch gelegentlich Alexander Dumas oder Zola entdeckt. Am Erfrischungsstand schlürfen vom Einkauf heimkehrende Arbeiterfrauen ihr Täschchen Kaffee, saugen junge Kavaliere an dünnen Halmchen ihrer Limonade. Ein Teller Linsensuppe mit Eulage 25 Pf. — Hier blüht das Geschäft. Alle Minute eine Portion. Keine Sitzgelegenheit. Man steht an marmornen Tischen und nimmt seinen Imbiß. Manche Kurzarbeiter oder Arbeitslose leisten sich hier ein billiges und doch immerhin nahrhaftes Mittagessen.

Zeichen der Zeit! — Zeichen der Not!

Daß die Menschen sich heute in diese billigen Kaufhäuser drängen, zeigt, wie die allgemeine Kaufkraft bereits geschwächt ist. Es zeigt, wie unzählige Menschen sich heute mit billigeren und nicht immer guten Waren notdürftig überdecken müssen, weil sie teure Sachen nicht mehr erschwingen können. Denn daß diese billigen Sachen in der Regel keine Qualitätsware sein können, leuchtet ein. Auch die Frage drängt sich unwillkürlich auf, wie weit untertäuflich bezahlte oder gar Heimarbeit bei der Herstellung dieser Waren verwendet wird. Ja, es scheint als wenn auch diese Kaufhäuser durch überwiegende Bevorzugung von jugendlichem Personal an Geschäftskosten zu sparen suchen, sehr zum Schaden älterer Arbeitskräfte.

Auf der anderen Seite geben aber doch diese billigen Warenhäuser ein beachtliches Beispiel. Sie zeigen gerade in der Zeit, wo alle Welt vom notwendigen Preisabbau spricht, wo und wie die Preise herabgesetzt werden können. Man ist beim Durchstreifen dieser Geschäfte geradezu gezwungen, Vergleiche anzustellen zwischen diesen Einheits- oder Serienpreisen und denen anderer Firmen. Man sieht auch schon, wie die besonders großen Kaufhäuser dieser ernsthaften Konkurrenz Rechnung tragen und nicht nur ähnliche 25- oder 50-Pfennig-Serien zusammenstellen, sondern auch auf einmal bei gewissen Sachen ganz wesentlich mit den Preisen heruntergehen.

Gutes und Nützliches also leisten diese billigen Warenhäuser, soweit sie den Preisabbau begünstigen und die Bevölkerung mit einfachen, wohlfeilen Serienartikeln versorgen. Aber die Volkswirtschaft kann ja nicht gedeihen allein von diesen Miniaturkäufen und Verkäufen. Notwendig ist die Belebung des Marktes für große Anschaffungen, für die bei den breiten Volksmassen ein großes Bedürfnis vorhanden ist. J. de Kort

Ergebnis der Faulheit

Willis Mutter kam von einem Ausgang nach Hause und traf mit ihrem Sobuchen auf dem Vorplatz zusammen.

„Willi“, zürnte sie, „warum hast du mir nicht erzählt, daß du gestern in der Schule Hiebe bekommen hast. Ich habe deinen Lehrer getroffen, der es mir mitteilte.“

Willi gab keine Antwort.

„Nun, was war los?“, fragte Mama nochmals, etwas sanfter.

„Ja, Mama“, sagte treuherzig der Kleine, „wir sollten einen Aufsatz über das Ergebnis der Faulheit schreiben, und als ich eine unbeschriebene Seite abgab, wurde ich dafür geschlagen.“

Das moderne Haus

Der Hauseigentümer wollte sehen, in welchem Zustand sich seine neuen Häuser befänden. Dabei kam er auch an ein Haus, an dem die Eingangstüre fehlte.

Ärgerlich klopfte er, und als der Mieter erschien, schrie er: „Was glauben Sie, dies ist ein neues Haus, und jetzt finde ich schon, daß die Tür vollständig fehlt.“

Der Mieter schnappte nach Luft: „Mein Gott, vorhin war sie aber noch da. Vor einer Minute band ich meinen Hund an den Türkopf, und ich vermute, er hat eine Katze gesehen!“

Das Haus der Alten

Draußen vor der Stadt liegt es, nicht im Getriebe der Großstadt mit seinem rasenden Tempo. Die kleinen Häuser haben aufgehört, und man steht vor einem neuen stattlichen Backsteinbau. Das ist das Altersheim Groß-Borstel, das die Stadt Hamburg ihren Alten errichtet. Man hat allerdings hart darum kämpfen müssen. Es ist in allererster Linie der zähen Arbeit der Sozialdemokratie zu verdanken, daß es geworden ist. Keine Kaserne, sondern ein Heim, zum Schwelgen! Alte Männer und alte Frauen wohnen darin. Das heißt so ganz alt sind sie doch nicht alle. 60 Jahre genügen gerade, um aufgenommen zu werden, und das ist gut so, denn mit 60 Jahren hat es einer wohl verdient, es noch ein wenig gut zu haben.

Als das Heim in Betrieb gesetzt wurde, lagen 1200 Anmeldungen dafür vor. Leider konnten die Antragsteller bei weitem nicht befriedigt werden. Da hat man eben die Bedürftigsten und die Geisteskranken herausgesuchen müssen. Die übrigen müssen warten, bis etwas frei wird. Die Verwaltung trägt sich allerdings mit dem Gedanken, einen Flügel mit 150 Wohnungen anzubauen. Ob es ihr gelingt, Senat und Bürgerschaft dafür zu gewinnen, ist abzuwarten. So ganz leicht wird es nicht sein, denn für soziale Einrichtungen wird nach Meinung der bürgerlichen Parteien ja schon viel zuviel getan. Aber wir haben ja auch ein Wort mitzureden.

Für diesen Anbau liegen jetzt schon 200 Dringlichkeitsanträge vor. Weil das Heim so begehrt ist, hat man natürlich besondere Bedingungen für die Aufnahme stellen müssen. So verlangt zum Beispiel das Wohnungsamt, daß die Bewerber zum Teil ihre alten Wohnungen aus Wohnungsamt abgeben. Zum andern dürfen die Bewerber kein hohes Einkommen haben. Es muß sich den Preisen für die Unterkunft ziemlich anpassen. Ein Zimmer mit Verpflegung kostet für eine Einzelperson monatlich 60 M., für ein Ehepaar 90 M. Da darf das Einkommen die Höhe von 80 und 110 M nicht wesentlich übersteigen.

Die Verwaltung vertritt da den Standpunkt, daß es Leuten mit so kleinem Einkommen noch weniger möglich ist, auszukommen, als Leuten, die etwas mehr haben, obgleich die Alters-

rente oder Wohlfahrtsunterstützung ja nie ausreicht. Die Bewerbung um eine Wohnung im Heim geschieht durch die zustehende Wohlfahrtsstelle. Das Wohlfahrtsamt zahlt auch zu, falls die Einnahmen des Betroffenen noch niedriger sind als die Unkosten im Heim.

Wenn ein Bewerber ins Altersheim einzieht, kann er bekommen: ein Einzel- oder ein Doppelzimmer mit und ohne Kochküche. Eine Kochküche nimmt natürlich nur der, der sich selbst verpflegen will. Er bezahlt dann für seine Wohnung monatlich 12 oder 15 M. In diese Miete einbezogen ist der Preis für 12 cbm Gas und die Beleuchtung.

Andere Bewohner lassen sich im Heim verpflegen und zahlen dafür 60 oder 90 M., je nachdem es sich um Einzelpersonen oder um Ehepaare handelt. Aber auch diese Leute sind in der Lage, sich einmal selbst eine Kleinigkeit zuzubereiten. Dazu sind auf jedem Korridor Teeküchen eingerichtet, die mehrere Gasherde haben und den ganzen Tag zur Verfügung stehen.

Die Wohnungen müssen von den Bewohnern selbst sauber gehalten werden. Daraus ergibt sich natürlich, daß die Alten gesund sein müssen, das heißt sie dürfen nicht gebrechlich oder irgendwie körperlich behindert sein. Es ist zwar eine Krankenstation im Hause, auf der etwaige Kranke wieder gesund werden können, aber Personen mit dauernden Leiden und Krankheiten können nicht aufgenommen werden.

Bis um 12 Uhr müssen alle Wohnungen sauber sein. Vormittags wird auch gewaschen und geputzt. Große moderne Wasch- und Fließrinnen sind vorhanden. Alles sehr schön beieinander gelegen, denn man hat es ja mit Alten zu tun, denen man unnütze Wege nach Möglichkeit ersparen soll. Der Nachmittag gehört der Ruhe und der Geselligkeit. Damit nun nicht jeder Bewohner einzeln in seinem Zimmer hocken muß, hat man auf jedem Flur sogenannte Plauderrischen eingerichtet. Mit bequemem Sitzmöbeln ausgestattet, werden diese Nischen gern benutzt, zumal eine jede mit einem Lautsprecher ausgestattet ist, der allerdings jeden Abend um 10 Uhr zum Leidwesen vieler begeisterter Hörer angeschaltet wird. Es hat natürlich nicht jeder Verlangen nach Radiodarbietungen. Manch einer zieht es vor, sich mit einem Buch aus der Heimbücherei still in eine Ecke zu

Der Kulturwert der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit

Wenn wir das Gebiet der gewerkschaftlichen Schulungs- und Bildungsarbeit in seinen gesamten Auswirkungen betrachten, kommt gewöhnlich die Frage nach dem besonderen kulturellen Wert dieser Tätigkeit zu kurz. Es sollen gute Funktionen für die gewerkschaftliche Tätigkeit in den Verbänden, Betrieben und schließlich auch in öffentlichen Körperschaften herangebildet werden. Da ist das Bedürfnis der Gewerkschaften maßgebend. Weiterhin sind damit die Fragen der allgemeinen und öffentlichen Wirtschaft und der Betriebswissenschaft eng verknüpft, und so scheint in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit nur eine gewerkschaftliche und wirtschaftspolitische Zielsetzung verborgen zu sein. Bei der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit darf es sich nicht nur um ein gewerkschaftliches und wirtschaftspolitisches Problem handeln.

Ziehen wir die in der Zeit der schärfsten Wirtschaftskrise so überaus wichtigen Stoffe der Sozialgesetzgebung und des Arbeitsrechts in Betracht. Die vergleichende Darstellung vom Einst und Jetzt berührt nicht nur ein wichtiges Stück allgemeiner menschlicher Entwicklungsgeschichte, sondern auch die wesentlichsten Stufen der Entwicklung des staatlichen Lebens und der Verfassungsrechte. Damit wird ein gewaltiges Gebiet der Kulturgeschichte mit erfaßt. Dasselbe gilt von der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung, bei der frühere Organisationsformen der Zünfte, der Gesellenvereinigungen, der kirchlichen Vereine, der Klassenkämpfe in den verschiedensten Zeitaltern mit zur Besprechung stehen.

Die Betriebswissenschaft bringt gleichfalls über den Rahmen des rein Wirtschaftlichen hinausgehende Probleme. Die Umstellung der Betriebswirtschaft nach dem Kriege, die Amerikanisierung, die Rationalisierung, die Teilarbeit am laufenden Band, die gewaltige Entwicklung der Technik, die Entwicklung des Kartell- und Konzernwesens und anderes mehr erfordern ein Eindringen in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhänge, wodurch in starkem Maße auch rein kulturelle Fragen mit beeinflußt werden. Allein mit der Rationalisierung hängen nicht nur die Fragen der Arbeitszeit und des Lohnes, sondern auch die Gestaltung der Freizeit zusammen. Engere Lebensprobleme des Einzelnen und der Klasse werden berührt. Ferien, Erholung, Gesundheitswertung, Sportwerbung und Gefährdung der gewerkschaftlichen Verpflichtungen durch übertriebene sportliche Bindung großer Massen, besonders gefördert noch durch Werk- und Firmensport, sind weiterer Stoff dieser Art, deren Durchleuchtung auch für den Gewerkschafter nicht unwichtig ist.

Weiter darf bei Behandlung der engeren Betriebswirtschaft nicht bei Fragen des wirtschaftlichen Bedarfs, der Kalkulation, der Rohstoffbeschaffung und der weiteren Verarbeitung nicht stehengeblieben werden. Der Begriff Arbeit selbst erhält ein neues Gesicht. Was vordem verständlicherweise nur als Zwang und Plage betrachtet wurde, wird jetzt zu einer gesellschaftlichen Pflicht. Die Weckung des menschlichen Bewußtseins, die bis dahin nur in gewissen Grenzen erfolgte, erhält neuen Antrieb, und dem Gewerkschafter wird der rein gesellschaftliche Wert der Arbeitskraft und der industriellen Produktion offenbar. Damit wird das Thema Arbeit besonders für den jungen, mit offenen Augen ins Leben schreitenden Menschen mit neuen Werten umkleidet. Vor allem wird klar, daß alle Kulturwerdung überhaupt von der menschlichen Arbeit ausgeht. Die Frage nach der Menschen- und Kulturwürdigkeit des heutigen Wirtschaftssystems beantwortet sich dann von selbst. Wir sehen somit im Rahmen der scheinbar engen gewerkschaftlichen Bildungstätigkeit eine ungeheure Vielfältigkeit von wichtigen sozialkulturellen Problemen auftauchen, die gleichfalls der Lösung harren.

Eine andere Seite der Angelegenheit wird erkennbar, wenn wir die gewerkschaftliche Arbeit im Rahmen der gesamten Arbeiterbildungstätigkeit betrachten. Auch dort ergibt sich ein festes Ziel für den Gewerkschafter, sofern er genügend Weitblick beweist, über den Grad seiner eigenen, engeren Betätigung hinaus sich mit der großen Politik und den kulturellen Lebensbedürfnissen der proletarischen Klasse eingehend vertraut zu machen, dann wird das Klasseninteresse des klarblickenden Sozialisten als Triebkraft allen Handelns sichtbar werden. Abgesehen von den besonderen Bildungsaufgaben der verschiedenen Kultur- und Sportorganisationen erkennen wir in der politischen Bildungsarbeit einen starken Zug kritischer Einstellung zu Staat und Gesellschaft, der unbedingt erforderlich ist. Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit dagegen entwickelt einen stärkeren Grad der Verantwortlichkeit, da sie viel tiefer in die Grundzüge des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens eindringen muß. Daß dieses wertvolle politische Schlußfolgerungen nach sich ziehen kann, erwies sich vor allem in den politischen Ereignissen beim Sturz des Kabinetts Müller-Franken. Die Gewerkschafter in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion konnten damals neben anderen eine viel tiefere Einsicht in Tragbares und Unerträgliches auf dem Gebiet der Sozialpolitik für sich buchen, als manche politischen Führer.

Durch vier- bis sechswöchige Kurse wird der Gewerkschaftsfunktionär in keiner Weise seinem Betriebe und seinen Klassen-genossen entfremdet. Er kommt aus dem Betrieb in den Kursus, er kehrt in den Betrieb und damit in den Kreis seiner Klassen- und Kampfgenossen zurück. Die Verbindung mit dem Betrieb, mit der großen Masse bleibt ununterbrochen bestehen, während ein längeres Hochschulstudium immer die Gefahr einer gewissen sozialen Entfremdung in sich trägt. Zudem werden den „Schülern“ in den Kursen, die wahrlich nicht wenig geistige Arbeitskraft verlangen, dennoch nur die wesentlichsten Dinge der behandelten Wissensgebiete vermittelt, so daß auch eine Überbelastung, eine Überfütterung mit überflüssigem Wissensstoff vermieden wird. Auch das kann nur einer gesunden geistigen Entwicklung unseres Funktionärkörpers dienlich sein. Wir sehen somit im Aufbau und in der Auswirkung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit eine Mannigfaltigkeit an kulturellen Lebenswerten mitwirken, daß im Endergebnis ein Vielfaches der wirtschaftlichen, politischen und auch kulturellen Lebenserfahrung erreicht wird, wie es der sozialistischen Bewegung nur förderlich sein kann.

Adolf Lau.

Einschränkungen des Selbstverwaltungsrechtes

Artikel 161 der Reichsverfassung bestimmt, daß das Reich ein umfassendes soziales Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten zu schaffen hat. Die Durchführung dieses Verfassungsgrundsatzes konnte in dem ersten Jahrzehnt seines Bestehens noch nicht erreicht werden. Der Einfluß der Versicherten ist in wichtigen Zweigen der Sozialversicherung (Unfall-, Invaliden-, Altersrentenversicherung) noch besonders gering. Auch in der Krankenversicherung, wo die Selbstverwaltung der Beteiligten noch am besten, wenn auch nicht vollkommen erhalten ist, werden immer neue Einschränkungen vorgenommen.

Besonders die beiden Notverordnungen brachten erhebliche Eingriffe. Ein Teil ihrer Bestimmungen ist als vorübergehende Notmaßnahme zu verstehen und notgedrungen in Kauf zu nehmen. Gegen andere ist dagegen von vornherein mit allen Mitteln zu kämpfen. So auch gegen die Vorschriften, die den Sozialversicherungsträgern das Recht nehmen, die notwendigen Angestellten nach eigenem pflichtgemäßem Ermessen auszuwählen.

Die Tragödie eines patriotischen Kriegsfreiwilligen

Von Heinrich Wandt

(3. Fortsetzung.)
Es war leider keine Einbildung seiner schon längst bis zum Zerreißen überspannten Nerven. Seine in der Stille der Haft geschärften Sinne hatten die Wahrheit erraten, wie sein letztes und so tapferes Lebewohl an seine Eltern datiert, mit dessen Niederschrift er zwei Stunden darauf begann:

Genf, den 20. Febr. 1918

Meine lieben Eltern, Geschwister

Vielleicht müßt Ihr schon
bemerken durch diese Zeilen erreichen
dass das schlimmste eingetreten ist.
Morgen früh um 7 Uhr
wird das Todesurteil vollstreckt.
Ich habe heute Mittag um
5 Uhr sagte mir der Herr
Pfarrer Bescheid. Ich habe
also 14 1/2 Stunden mich auf
die große Reise vorbereitet
und in der Pfarrkirche hat mir

Erste Seite des Abschiedsbriefes vor der Erschießung Niederländers

Genf, den 20. Februar 1918.

Meine lieben Eltern und Geschwister!

Vielleicht wißt Ihr schon, bevor Euch diese Zeilen erreichen, daß das Schlimmste eingetreten ist:

Morgen früh um 7 Uhr 30 wird das Todesurteil vollstreckt! Schon heute nachmittag um 5 Uhr sagte mir der Herr Pfarrer Bescheid. Ich habe also 14 1/2 Stunden mich auf die große Reise vorbereitet, und der Herr Pfarrer hat mir seinen Beistand versprochen.

Wiewohl ich oft und viel gefehlt haben mag, so wird mich doch Gott in seiner Barmherzigkeit verzeihen. Ich hoffe also, und das, meine lieben Eltern und Geschwister, möge Euch der einzige Trost sein, daß ich mit Gottes gütiger Hilfe ins Jenseits gehe.

Viel Ärger und Kummer hab' ich Euch, lieber Vater, liebe Mutter, gemacht, aber ich hoffe, Ihr habt mir alles verziehen.

Ja, hätt' ich Euch gehorcht und wäre nicht freiwillig zur Front gegangen,

so könnte ich jetzt noch leben. Mögen, dies ist mein innigster Wunsch, sich meine lieben Geschwister ein warnendes Beispiel daran nehmen. Auch das sollen sie wissen, daß die größte Schuld an meiner unglücklichen Tat

der Alkohol

trägt. Die ganze Nacht bis zum Morgen der unseligen Tat hatten wir im Kasino sinnlos getrunken.

Nun, es steht mir ja am allerwenigsten zu, Moralpredigten zu halten, aber daß dies meinen lieben Geschwistern zur Warnung sein soll, konnte ich nicht unterlassen, zu schreiben.

Was mein sonstiges Leben hier betrifft, so könnt Ihr auch gewiß sein, daß ich immer noch, nach wie vor der Tat, mit allen Leuten gut ausgekommen bin und mich nicht unter die Rubrik der Schwerverbrecher zähle.

Was ich getan habe, tat ich nicht mit vollem Bewußtsein!

Meine lieben Eltern, wenn ich nicht so sehr viel schreibe, so sagt nicht etwa, daß ich Euch nicht so gern hatte. Nein, ich habe Euch bis zum letzten Atemzug geliebt. Und bei diesem Brief ist es mir sicher nicht leicht ums Herz.

Nun noch Kleinigkeiten: Bei mir auf der Zelle lag noch ein Kamerad, Unteroffizier Overscheid. Er möchte gern eine Fotografie von mir haben. Ich habe aber leider keine hier. Bei

Schon vor der Einführung der Reichsversicherungsordnung (1911) wurde von reaktionärer Seite Sturm dagegen gelaufen, daß besonders die Krankenkassen eine dem kaiserlichen Deutschland nicht genehme Personalpolitik trieben. Trotz mancherlei Beschränkungen wurde damals aber kein Zwang zur Einstellung von Beamtenanwärtern durchgedrückt. Den führt erst die neue Notverordnung vom 1. Dezember 1930 ein.

Sie ändert die Anstellungsgrundsätze vom 26. Juli 1922 (16. Juli 1930) einfach dahin ab, daß sie eine weitgehende Verpflichtung zur Anstellung von Versorgungsanwärtern auch der Sozialversicherung auferlegt. Die seit Jahrzehnten gültigen, entgegenstehenden Gesetzesbestimmungen, die ausdrücklich vorschrieben, daß für Versorgungsanwärter kein Vorrecht bei der Stellenbesetzung bestehen darf, wurden kurzerhand aufgehoben. Auf parlamentarischem Wege ist diese Aufhebung nie durchzudrücken gewesen.

Zwar befindet sich die Regierung in einer Zwangslage, bei der auch der Vertrag von Versailles mitwirkt. Sie muß für eine Unterbringung der Versorgungsanwärter, also der Personen, die nach Ablauf ihrer Dienstzeit aus dem Heere und der Schutzpolizei ausscheiden, unter gewissen Bedingungen sorgen. Das darf aber nicht dahin führen, daß den Selbstverwaltungskörperschaften (Krankenkassen, Berufsgenossenschaften usw.) diese Anwärter aufgezogen werden. Die versicherten Arbeitnehmer zahlen doch tatsächlich, zum Beispiel in der Krankenversicherung, die ganzen Beiträge selbst (wenn auch die Arbeitgeber nominell einen Teil übernehmen). Das Reich gibt nichts zu. Es hat also auch gar kein Recht, seine Versorgungspflichtigen auf diese Weise abzuwälzen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat deshalb u. a. auch sofort die Aufhebung dieses Teiles der Notverordnung beantragt.

Es kann nicht angehen, daß man ohne weiteres den Versorgungsanwärtern ein Vorrecht auf die Stellen in der Sozialversicherung einräumt. Das widerspricht ihrem Sinn. Sie ist tatsächlich eine weitgehende Selbsthilfe der Arbeitnehmer, und ihre Durchführung muß von Angestellten erfolgen, die dieser sozialen Schicht entstammen und mit ihren An-

Behrs liegt noch die Platte von meinem Photo, von dieser könnt Ihr ja Bilder machen.

Ich schicke Euch noch einige Kleinigkeiten: zwei Pfeifen, mein Portemonnaie und Ring. Es ist dies alles, was ich noch habe. Sonst, liebe Eltern, hätte ich Euch nichts mehr mitzuteilen, als daß ich bis zum letzten Augenblick an Euch denken werde.

Jetzt ist es 7 Uhr. Ich habe also noch zwölf Stunden.

Nachher werde ich beichten

und morgen früh liegt der Herr Pfarrer eine heilige Messe für mich hier in der Zelle, und ich werde kommunizieren.

Hoffentlich kommt mein Bruder Johann noch aus dem Felde zurück und werden meine anderen Geschwister noch glücklich! Mit herzlichstem, innigstem und letztem Gruß und Kuß

Euer Georg.

NB. Grüßt und küßt alle Verwandten, da ich nur an Euch, nach Saargemünd und an Corona geschrieben habe. D. O.

Der Brief, der in die Kreisstadt ging, galt seiner geliebten Braut, und Corona hieß die gesellige Vereinigung, der seine Jugendfreunde und er angehörten. Auch von ihr und von ihnen nahm er in tapferer Art für immer Abschied. Und den letzten Gruß, den seine Eltern von ihm erhielten, netzten auch seine letzten Tränen, die er weinte, denn als er diesen Brief geschlossen hatte, da war er schon wieder vollständig gefaßt.

Er trat an das Fenster, öffnete es, um mit vollen Zügen die frische Luft hereinströmen zu lassen. Aus der Ferne klang Soldatengesang. Das alte Lied „Zu Straßburg auf der Schanz“ drang durch die Nacht. Er preßte sein Gesicht an die kalten Stäbe des Gitters, um kein Wort des Liedes zu verlieren. Er biß die Zähne aufeinander, um nicht hinausschreien zu müssen. Das Lied kündete: „Ihr Brüder allzumal, heut' seht ihr mich zum letzten Mal“.

Jugendgedanken wurden wach. Als Kind hatte er es schon gehört von den württembergischen Musketieren des Infanterieregiments 126, die während des Manövers bei seinen Eltern in Quartier lagen. Sie hatten es gesungen, wenn sie in die Küche zusammensaßen und ihr Lederzeug und ihre Waffenrockknöpfe putzten. Später hatte er es selbst als Mitglied der Saarensinger Jugendwehr und auch in seiner Einjährigzeit gedankenlos mitgesungen. Er hatte nie geahnt, daß ihm das gleiche Los einmal blühen könne.

Der Unteroffizier Gohdes war in seine Zelle getreten, um nach seinem letzten Wunsch zu fragen.

Er verzichtete auf die Henkersmahlzeit.

Das den Totgeweihten bessere Essen wollte er nicht und bat nur um etwas Wein und einige Zigarren. In der Nacht erschien der Geistliche, um ihn zu trösten. Dann verabschiedete er sich mit einem Händedruck von den Soldaten und Landsturmeuten in dem Gefängnis, die Aufseherdienste verrichteten. Der Abschied war schwer, denn alle hatten den jungen Menschen in ihr Herz geschlossen.

Der schwarze „Todeskarren“ fuhr vor,

um ihn in Begleitung des Pfarrers und zweier Feldgendarmen nach dem Schießstand der Genter Garnison zu bringen, dessen Kugelfang seit dem 12. Oktober 1914 schon 55 Opfer, darunter zwei Frauen und vier preußische Soldaten, hatte fallen sehen.

Der heraufgedämmerte Morgen war neblig, naßkalt und windig. Aber die Fahrt dauerte nicht lange, und Georg rauchte dabei ruhig seine letzte Zigarre. Eine Kompanie des Landsturm-Infanterie-Ersatzbataillons II stand bereits

auf dem Hinrichtungsplatz

in einem gegen den Delinquenten offenen Viereck aufgestellt, und in dessen Mitte harreten, Gewehr bei Fuß und traurig, die zwölf zur Henkersarbeit befohlenen Schützen auf das Kommando: „Legt an! Feuer!“

Es war das erstmal, daß sich dafür kein einziger Freiwilliger gemeldet hatte. Der Leutnant Willy Wendling aus Offenbach am Main, der gewöhnlich mit großem Scheid die im Dienstbereich der Etappen-Kommandantur Genf stattfindenden militärischen Exekutionen kommandierte und der bald nach diesem Tag als Komplize des berüchtigten Feldwebels Louis Ganzert selber ins Kittchen flog und den angebeteten Offiziersrock ausziehen mußte, hatte darum die Kompanieangehörigen

„schlappe Kerls“

gescholten. Er selbst war bei solchen Gelegenheiten nie schlapp. Er hatte nur immer eine furchtbare Angst vor den sogenannten „Mordkommissionen“, die alle paar Monate die so schöne und so friedliche Etappe unsicher machten und deren Helden auf ihre Kriegsverwendungsfähigkeit untersuchten. Da simulierte er immer schleunigst den Schwerkranken und klagte über Atemnot, Herzbeschwerden, Stechen im Rücken und Kopfschmerz...

Dem Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Alfred Richter, der als Hauptmann der Reserve der Etappen-Kommandantur Genf als stellvertretender Kriegsgerichtsrat beigegeben war, lag es in dieser Eigenschaft ob, dem Vizefeldwebel und Offiziersaspiranten Georg Niederlander an dieser Stätte noch einmal die Begründung des Feldjustizmords zu verlesen, den der Kommandeur der 39. Infanterie-Division kalten Blutes an ihm verüben ließ.

(Schluß folgt.)

schaungen und Empfindungen übereinstimmen. Sie müssen das praktische Arbeiterleben kennen und dürfen nicht, wie die Versorgungsanwärter, ein Jahrzehnt lang durch militärische Ausbildung den Forderungen des täglichen Lebens entfremdet sein.

Unbedingt abzulehnen ist jeder Zwang, der den Versorgungsanwärtern ein gesetzliches Vorrecht auf die Stellen in der Sozialversicherung einräumt. Diese unzulässige Beschneidung des Selbstverwaltungsrechtes verdient einstimmige Ablehnung. Bis zur Wiederherstellung des früheren Zustandes ist wenigstens dafür Sorge zu tragen, daß das Vorrecht nicht etwa durch Erleichterungen bei den vorgeschriebenen Prüfungen noch weiter vergrößert wird.

M. K.

Die Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung

Die Landesversicherungsanstalten konnten in den letzten Jahren ihre Leistungen verstärken. Erst im Jahre 1930 setzt die Drosselung ein. Noch im Jahre 1929 wurden für die Gesundheitsfürsorge im ganzen 88,5 Millionen M aufgewendet, 25 vH mehr als im Vorjahr. Über die Hälfte dieser Summe ist zur Bekämpfung der Tuberkulose verausgabt worden; 41 172 Tuberkulöse wurden einer Behandlung unterzogen. Großzügig haben die Landesversicherungsanstalten auch den Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten geführt; wegen dieser Leiden sind mehr als 23 000 Personen fachärztlich behandelt worden. Auch Rheumatiker, körperlich und seelisch Erschöpfte, Herzranke und Zahnleidende konnten in großer Zahl auf Kosten der Landesversicherung der Genesung zugeführt werden. Für die Alkoholkranken sind die Leistungen nach wie vor recht gering; nur 313 dem Trunk Verfallene wurden in Heilstätten verschickt! Und Zehntausende hätten ein Heilverfahren zur Abwendung der durch die Trunksucht drohenden Invalidität dringend nötig! Hier fällt den Landesversicherungsanstalten eine überaus bedeutsame Aufgabe zu. Sie dürfen sich in diesen Fällen ihrer Pflicht zu helfen um so weniger entziehen, als jetzt die Gemeinden infolge der Finanznot nur selten die Mittel für eine Kur in Trinkerheilstätten bewilligen.



Verbandsleben



Der Kommunistische Einheitsverband streikt tatsächlich

Ein Berliner Verbandsmitglied schreibt:

Am 18. Januar war ein Teil der Metallarbeiter Berlins in nicht geringer Spannung oder freudiger Erregtheit. Sie steigerte sich in dem Maße, als der Morgen des 19. Januar herankam. Besonders in den Arbeiterhäusern, die an den Zugangsstraßen der großen Metallbetriebe liegen, lauschte man gespannt nach außen, wo sich etwas Neues, Besseres, etwas wirklich Revolutionäres zutragen sollte. An dem 19. Januar sollte nämlich — — — Doch ich muß, um den Kollegen in der Provinz die ganze Größe der freudigen Erregtheit begreiflich zu machen, etwas zurückgreifen.

Alle deutschen Gewerkschafter kennen den großen Kampf, den vor zweieinhalb Monaten die Metallarbeiter in Berlin gegen den Lohnraub führten. Sie wissen auch, wie der Kampf ausging. Aber sie wissen wahrscheinlich nicht die ganze Ursache des Mißerfolges. Es ist ihnen womöglich unbekannt, daß die Zahl der organisierten Metallarbeiter, wie die im Verlaufe des Streiks erfolgte Zählung ergab, noch bedeutend geringer war, als in den öffentlichen Berichten angenommen wurde. Und die Kollegen im Reiche wissen womöglich auch nicht, daß bald, nachdem der letzte Zahltag aufgebraucht war, ein stürmisches Gedränge vor den Toren sehr bedeutender Werke entstand und viel Tatkraft aufgewendet werden mußte, um dieses Gedränge von seinem Ziele abzuhalten.

Was damit gesagt sein soll, wird jeder Gewerkschaftsmann verstehen. Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes waren selbstverständlich nicht in den wild an den Toren drängenden Haufen. Sie hatten durch ihre Mitgliedschaft im DMV und durch Zahlung von Beiträgen gegen solche Möglichkeiten vorgesorgt. Anders die „revolutionären Unorganisierten“. Diese hatten, eben weil sie „revolutionär“ sind, die Beiträge gespart, und diese Sorte von Sparerei trieb sie zu den Haufen, die durch die Fabrikturen wollten. Daß dieser üble Stand der Dinge von der Streikführung beherzigt werden mußte, um einem Hammelsprung vorzubeugen und um nicht die von den Metallindustriellen geforderten 15 vH Lohnabzug ganz zur Tatsache werden zu lassen, das versteht wohl jeder. Damit soll natürlich der schamlose Betrug, den das berüchtigte dreiköpfige Schlichterkollegium verübte, keineswegs beschönigt oder entschuldigt werden.

Die Empörung über den gemeinen Lohnraub war und ist bei allen Schattierungen der Berliner Metallarbeiter gleich stark. Zu der Wut kam die Entschlossenheit, den Ausbeutern die gebührende Abrechnung bei erster Gelegenheit zu verabreichen. Teile der Belegschaften atmeten erleichtert auf, als sie vernahmen, daß ihnen ein Rächer entstehen werde — der Einheitsverband der Kommunisten. Der werde den Borsig, den Siemens zeigen, was eine Harke ist. Der werde der „verräterischen Gewerkschaftsbürokratie“ zu Gemüte führen, wie Lohnkämpfe geführt werden. Der Einheitsverband sollte auch die andern Berufe oder Gewerkschaften mit sich reißen auf die revolutionäre Bahn, in die Weltrevolution.

Die Gewerkschafter im Reiche werden über diese Geschichte weidlich lachen. Ein Teil der Berliner Metallarbeiter scheint aber die Geschichte ernst genommen zu haben. Schrieb doch die Rote Fahne Tag für Tag, daß alles zu dem Einheitsverband der Metallarbeiter ströme, daß sich dort die zerrissenen Verbandsbücher des DMV berg hoch häuften, und daß die kommunistischen Büros die Neuaufnahmen nicht bewältigen könnten. Wo sich eine derartige Begeisterung für den neuen kommunistischen Verband zeigte, da waren Taten, wirklich revolutionäre Taten sicher zu erwarten. Sogar die „revolutionären Unorganisierten“ hofften erneut, daß auch weiterhin ein billig Geschäft blühe. Wenn die Rote Fahne so kühnlich von Kampf und Sieg schrieb, dann brauchte man ums Auswetzen der letzten Niederlage und um eine neue Lohnzulage nicht bange zu sein.

Der kommunistische Einheitsverband, der — nach der Roten Fahne — in ein paar Tagen unerhört stark geworden war, hätte nun eigentlich den Metallindustriellen den Handschuh hinwerfen müssen. Er tat es aber nicht — sondern streikte wider seine eignen Parolen. Das war natürlich nur kluge Strategie. Er paßte nur auf die „strategisch günstige Situation“ für den Anruf zur Massen-erhebung. Diese Situation kam denn auch bald. Am 13. Januar verkündete die Rote Fahne das Herannahen des großen revolutionären Geschehnisses. Dort stand zu lesen:

„Die Berliner Metallarbeiterschaft wird den fünfprozentigen Lohnraub am 19. Januar nicht kampflos hinnehmen. Der Einheitsverband der Berliner Metallarbeiter wird den Kampf organisieren und führen. Heute tagt die Metall-Delegiertenkonferenz von Groß-Berlin. Die Delegierten werden die notwendigen Kampfmaßnahmen beschließen...“

Der Einheitsverband wird für den 19. Januar (wo der laut Schiedsspruch zweite Abzug eintrat) den Kampf organisieren und führen! Er wird die Kampfmaßnahmen beschließen! Nun werden die Kollegen im Reiche verstehen, warum ein Teil der Berliner Metallarbeiter am 18. Januar in freudiger Erregung war und mit starker Spannung dem folgenden Morgen entgegen sah. Wer hätte an dem Kampfe, der von dem Einheitsverband doch beschlossen und organisiert worden war, zweifeln können? Und die Unterstützung der Roten Hilfe war doch sicher! Auch an der Erklärung der Solidarität des revolutionären Weltproletariats mangelt es nicht! Ein Verband von solchen Mitgliederzahlen, von solcher Unterstützung und von solcher Sympathie in der Welt — der war sicherlich kampffähig!

Den kommunistischen Metallarbeitern und den „revolutionären Unorganisierten“ bubberte das Herz. Das haben sie mir schon, bevor das Bubbern anfing, und auch nachher, als das Bubbern in schmähliche Enttäuschung ausgeartet war, unumwunden eingestanden. Sie haben mir auch mitgeteilt, daß sie in der Frühe des 19. Januar

gelauscht haben auf das Anrollen der Gulaschkanonen der Roten Hilfe und auf das Aufziehen der Streikposten. Und sie haben mir weiter zu verstehen gegeben, daß sie an diesem Morgen in der bestimmten Erwartung zur Fabrik gegangen sind, an ihrem Tor etwas außergewöhnlich Revolutionäres zu erleben.

Welche Enttäuschung! Keine von den Erwartungen ist eingetroffen. Kein Streik ist von dem kommunistischen Einheitsverband erklärt worden! Keine Kampfmaßnahmen sind getroffen worden! Keine Gulaschkanone ist in Gang gesetzt worden! Nicht das allergeringste ist von diesem mächtigen Einheitsverband gegen den Lohnraub unternommen worden. Das haben mir kommunistische Werkstattkollegen selbst eingestanden in Worten, die tatsächlich revolutionär waren.

Kurz und gut: Der kommunistische Einheitsverband hat entweder den 19. Januar verschlafen, oder er hat ganz vergessen, daß er an diesem Tage mal revolutionär sein wollte. Jedenfalls aber hat er wieder einmal gegen seine eignen Versprechen und Parolen gestreikt. Das scheint jetzt auch den Biertimpeln zu dämmern, die von ihm das Heil erwarteten. Die Dummgläubigen in Moskau können sich diese Art von Streik noch nicht recht erklären. Das wird aber schon noch kommen. Sie sollten heilfrohd sein, daß der mächtige Einheitsverband den Streik gegen seine Parolen dem Streik gegen das Unternehmertum vorgezogen hat. Denn wenn er diesen letzten Streik erklärt hätte, dann wäre den Dummgläubigen ein revolutionärer Seifensieder erst richtig aufgegangen. Sie hätten dann wohl nicht mehr auf die „verräterische Bonzokratie“ schimpfen und vom Deutschen Metallarbeiter-Verband verlangen können, daß er sich der Opfer ihres revolutionären Einheitsverbandes annimmt.

Der kommunistische Einheitsverband hat trotz seiner ungeheuren Stärke und vielseitiger Unterstützung den zweiten Lohnabbau untätig, schlafend, einfach „reformistisch-schweinemäßig“ vorübergehen lassen. Warum er nur nicht gestreikt hat? Warum er nur nicht den Borsig und den Siemens gezeigt hat, was eine Harke ist? Und auch der „verräterischen Gewerkschaftsbürokratie“ nicht, wie man den Lohnkampf führt? Warum nur? Ah, es hat ihm offenbar das Feldzeichen gefehlt. Das hat er jetzt aber nun bekommen. Dem Einheitsverband ist dieser Tage eine Fahne von Moskau überreicht worden. Mit dieser wird es nun wohl sicher gegen den Lohnraub gehen. Jetzt heißt es aufpassen! Mit der Fahne aus Rußland sind alle die Streikmaßnahmen vollständig. Alles streikreif! Nun kanns losgehen. Also aufpassen!

R. W.

Winterarbeit in den Ortsverwaltungen

Es wäre wirklich zu wünschen, daß die wohlgemeinte Ansicht des Kollegen Fr. Kr., Frankfurt (in Nr. 49/1930 der MZ): „Es müßte mindestens zweimal in der Woche das Stempeln vom Besuch eines Kurses abhängen“ nicht Tatsache zu werden brauchte. Unsere Kollegen sollten aus freien Stücken zu den Kursen drängen. Wenn nicht, dann wäre ja die von uns oft gemachte Behauptung von dem Bildungshunger der Arbeiter eine bloße Redensart.

Gewiß müssen wir mehr trachten, auch auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen. Auf die Schwierigkeiten wies schon Kollege V. D., Essen (in Nr. 47/1930 der MZ) hin. Wenn er aber gegen die Volkshochschule Bedenken hat, so kann ich sie auf Grund eigener Erfahrung nicht teilen. Ich lehre selbst seit einigen Jahren an der hiesigen Volkshochschule Arbeitsrecht. Es kann natürlich nicht angehen, daß es so gemacht wird, wie Kollege V. D., Essen, es beobachtet haben will, daß in diesen Kursen nur der Dozent zu Worte kommt, der Schüler aber nur aufzumerken und zu schweigen hat. In meinen Kursen haben die Hörer des öfteren lebhaft geredet. Es kommt eben darauf an, wie man den Laden aufzieht.

Wir nennen diesen Laden „Arbeitsgemeinschaft“. Es ist gewiß verfehlt, in den Abendstunden einem Hörerkreis, der bei Tage schwer gearbeitet hat, einen Paragrafen-Vortrag zu halten; der muß sich als Schlummerlied auswirken. Die Hörer müssen durch Mitarbeit bei der Stange gehalten werden. Allerdings ist auch hier für die jeweiligen Gegenstände eine Auslese Voraussetzung, und es ist hier ein offenes Geheimnis, daß sich der Lehrer seine Hörer schon mitbringen muß. Daß dem aber so ist, scheint mir nicht so sehr schuld der Kollegen selbst zu sein, denn in vielen Fällen weiß trotz guter Reklame der Volkshochschule kaum einer etwas von dem, was da gespielt wird. Hier ist es Sache der Ortsverwaltungen aller freien Gewerkschaften, anzuhaken. Sie müßten eine Handhabe besitzen, mit der sie jeden Kollegen, der sich als Funktionär betrachtet — nun ja, ich sage zwingen könnten, an einem Abend in den Winterwochen einen Bildungsabend zu belegen. Kollegen, die diese Notwendigkeit nicht einsehen, dürften dann eben das Ehrenamt eines Funktionärs nicht ausüben. Es sollte nicht nur ein Wettrennen der Ortsverwaltungen um die meisten umgesetzten Beitragsmarken einsetzen, sondern es sollte sich auch jede Ortsverwaltung eine Ehre daraus machen, die meisten Erfolge in der Bildungsarbeit vorweisen zu können. Die Bezirksleitungen und der Vorstand sollten die Ortsverwaltungen nach dieser Richtung hin kontrollieren. Es würde dann bei der Gelegenheit auch einmal überprüft werden können, inwieweit die immerhin teure Saat, die in Dürrenberg ausgesät wird, im Lande auch auf fruchtbareren Boden fällt und Früchte trägt.

Wenn ich für die Bildungsarbeit die Volkshochschule befürworte, dann aus grundsätzlichen Erwägungen. Wir haben zu beachten, daß die Volkshochschule eine Errungenschaft der Arbeiterschaft ist. Ich sehe nicht ein, daß dieses Bildungsinstitut von uns nicht ausgenutzt werden soll, um so weniger, wenn wir hier an Ort, andere Berufsschichten und andere Gewerkschaftsrichtungen die Volkshochschule weidlich ausnutzen. Es ist dabei noch zu beachten, daß wir durch starke Beteiligung den Lehrplan der Schule beeinflussen können. Ich sagte schon, daß hier die anderen Gewerkschaftsrichtungen sich lebhaft betätigen. Sollte dort der Bildungshunger größer sein als bei uns? Ich glaube nicht. Dagegen habe ich allen Anlaß zu glauben, daß dort von der Führung aus planmäßig gearbeitet wird.

Wir haben also nach jeder Richtung hin alle Ursache, uns dabei zu machen. Wie es gemacht wird, soll Sache der einzelnen Orte bleiben. Jedenfalls muß gearbeitet werden, zielklar und, vor allen Dingen, verantwortungsbewußt.

J. Fr., Duisburg.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 1. Februar ist der 6. Wochenbeitrag für die Zeit vom 1. bis 7. Februar 1931 fällig.

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen verlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung anmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenken besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenken durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuzahlen

von Metallarbeitern aller Branchen nach Hameln D.;
von Werftarbeitern nach Bodenwerder bei Hameln D.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik i. S. d. S.; S. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände
A. = Aussperrung

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn die betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zur Zeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzustempeln.

Verbandsanzeigen

Schwennungen. Zum 1. Bevollmächtigten unserer Verwaltungsstelle wurde der Kollege Ludwig Becker, Gmünd, gewählt. Allen Bewerbern besten Dank.

Jubilarfeier in Grüna

Die Verwaltungsstelle in Grüna i. Sa. konnte zum drittenmal eine Jubilarfeier veranstalten. Zu den 15 alten Jubilaren kamen noch 11 hinzu, so daß die Verwaltungsstelle, die 33 Jahre besteht und 400 Mitglieder zählt, 26 Jubilare in ihren Reihen hat. Es finden sich Kollegen darunter, die der Organisation seit ihren Lehrjahren angehören. Es war nur eine einfache Feier, die die Ortsverwaltung für die 25 Jubilare und deren Frauen veranstaltete. Ein Doppelquartett vom Volkshor wirkte durch mehrere Kampflieder zur Verschönerung der Feier mit. Die Ansprache hielt der Bevollmächtigte Della-Bella. Er zeichnete in kurzen Umrissen die Entwicklung unseres Verbandes. Er dankte den Jubilaren und ihren Frauen, die gleichfalls in der schweren Zeit nicht erlahmten, sondern der Organisation immer die Treue bewahrt haben.

Akkordlohnabzug bei Herstellung von Ausschußguß

Ein für die anhaltische Metallindustrie gültiger Tarifvertrag setzt den Lohn für Ausschuß auf 75 vH des vereinbarten Akkordlohnes fest; Ausschuß, der auf grobe Fahrlässigkeit oder Böswilligkeit zurückzuführen ist, wird nicht bezahlt. Das mißlungene (poröse) Gußschiebergehäuse war zuerst vom Kernmacher, dann von dem Former und zuletzt von dem Putzer bearbeitet worden. In den Händen des letzteren wurde es als Ausschuß festgestellt. Dem Kernmacher und Former wurde der 25 vH betragende Ausschußabzug vom Akkordlohn gemacht. Sie erklärten sich damit nicht einverstanden und erhoben gegen ihre Arbeitgeberin, die Berlin-Anhaltische Maschinenbau AG. in Dessau, Klage auf Zahlung der Lohn-differenz.

Arbeits- und Landesarbeitsgericht Dessau haben die Klage abgewiesen, indem sie davon ausgehen, daß bei dem Zusammenarbeiten von Kernmacher, Former und Putzer unmöglich festgestellt werden könne, auf wessen Schuld der Ausschuß zurückzuführen sei. Daher seien die 75 vH des Akkordlohnes als Fauschallohnsatz bei der Lieferung von Ausschuß anzusehen. Auf die Revision der Kläger hat das Reichsarbeitsgericht das Urteil des LAG aufgehoben und die Sache zu neuer Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Mit folgenden Entscheidungsgründen: Es handelt sich um eine Tarifbestimmung, die vorsteht, daß, wenn Kernmacher, Former und Putzer Ausschußguß liefern, ihnen ohne weiteres 25 vH vom Akkordlohn abgezogen werden können, und zwar, wie das LAG richtig sagt, ohne Rücksicht darauf, ob diese Arbeiter ein Verschulden trifft oder nicht. Der Schuldweis sollte dem Arbeitgeber in diesem Falle erspart werden. Das LAG hat aber nicht geprüft, wie die Rechtslage ist, wenn der Arbeitgeber in einem solchen Falle schlechtes Gußmaterial liefert. Das haben die Kläger behauptet und das LAG hätte Beweis darüber erheben müssen, ob der Arbeitgeber in der Tat mangelhaftes Material geliefert hat. (RAG 303/30.)

Weltarbeitslosigkeit

Wie muß sie eingedämmt werden?

Das Internationale Arbeitsamt kommt zu dem Ergebnis, daß es Ende 1930 in der ganzen Welt rund 15 Millionen Arbeitslose gegeben habe, davon weitaus der größte Teil in den Vereinigten Staaten von Amerika, wo bis 7 Millionen Menschen auf die Straße gestellt wurden. Rund 4,8 vH der amerikanischen Bevölkerung sind von der Arbeitslosigkeit verfallen. Es folgt Deutschland, wo die Zahl der Erwerbslosen Ende 1930 mit rund 4 Millionen oder 5,7 vH der Bevölkerung angegeben ist; sie ist zwischen erheblich angewachsen. Relativ am schwersten leidet Großbritannien, wo rund 2 1/2 Millionen Menschen oder 12 vH der Gesamtbevölkerung arbeitslos sind. Und dann geht die traurige Statistik weiter: Italien mit 600 000, die Tschechoslowakei mit rund 500 000, Japan mit 400 000, Österreich mit 300 000, ebensoviel oder noch mehr in Polen, 100 000 in Belgien, 90 000 in Australien, 50 000 in Holland, 45 000 in Dänemark, 30 000 in Schweden, 40 000 in Rumänien, hunderttausende in den übrigen Ländern. Kein Erdteil, kein Land ist von der Geißel verschont, ob niedrige oder hohe Valuta, ob viel oder wenig Goldbestand, ob Demokratie oder Diktatur, überall ist es dasselbe Leid, das auf den breiten Massen des Volkes lastet.

Mehr als 12 Jahre leben wir schon wieder im „Frieden“, aber es ist wenig wirklicher Friede in der Welt. Der Kampf um die ausländischen Märkte hat Formen angenommen, an die vor 1914 niemand zu denken wagte. Eine Hochschutzwelle ist über alle Länder herein gebrochen, den allgemeinen Verbrauch mit mindestens 5 vH belastend, andererseits zum Verschleudern zu Dumpingpreisen verleitend. Die Produktion ist ins Unermessene gewachsen, aber die Kaufkraft der breiten Volksschichten ist ihr nicht gefolgt. Das Schlagwort von der Rationalisierung hat sich allenthalben nur zu gut durchgesetzt — heute ertönt nicht weniger oft das Wort von der Fehlrationalisierung. Denn die Rationalisierung, die technische Ausgestaltung der Betriebe erforderte gewaltige Mittel, die verzinst und getilgt werden müssen. Die Betriebe können sich nur rentieren, wenn sie voll beschäftigt sind; sinkt die Produktion, so steigen die nachlichen Kosten, am Einzelprodukt gemessen, ganz bedeutend. Man hat den Lohn als Produktionskostenfaktor zum großen Teile auf einen Mindestsatz gesenkt: an einem Auto sind im Verhältnis zum Verkaufspreis gerechnet kaum 10 vH Lohnanteil in Rechnung zu stellen. Aber es stieg die dauernde Belastung, der Unkostenanteil, und kann ein Betrieb mit nur 50 vH seiner Leistungsfähigkeit arbeiten, so verschlingt die Steigerung der allgemeinen Unkosten am Einzelprodukt viel mehr, als der gesamte Lohnanteil ausmacht. Den Arbeiter kann man entlassen, wenn man ihn nicht mehr braucht; die mit hohen Kosten angeschaffte Maschine bleibt da, verschlingt Geld. Mit der Arbeitseinschränkung ist also den Betrieben gar nicht geholfen worden, ihre Produktionskosten sind damit im Gegenteil nur gestiegen.

Man versucht nun, mit verschiedenen Mitteln der Schwierigkeiten Herr zu werden. Da ist der Vorschlag aufgetaucht, es solle ein Investitionsfonds geschaffen werden, dessen Tilgung die Arbeiter, die noch in Beschäftigung sind, durch regelmäßige Wochenbeiträge übernehmen sollen. Also: die Opfer einer ungeordneten Wirtschaft sollen selbst die Kosten dieser Unordnung bezahlen! Wer kann ihnen zumuten, daß sie zu allen anderen Lasten auch noch die der Arbeitsbeschaffung übernehmen.

In ähnlicher Richtung bewegt sich ein anderer Vorschlag, wonach den Arbeitern die Löhne um 15 vH abgebaut werden sollen, doch sei dieser Abzug nicht direkt dem Unternehmer zuzuwenden, sondern es wäre aus dem erzielten Betrag ein Fonds zu schaffen, der nur mit 1 vH verzinst wird und in 20 Jahren als Kapital zur Auszahlung gelangt. Auch hier also wieder das Bestreben, den Arbeitern die Kosten für eine verfehlte Organisation der Wirtschaft aufzubürden.

Und schließlich findet man als Allheilmittel den Ausweg der nackten Lohnsenkung. Von Deutschland ausgehend, hat sich der Drang zum Lohnabbau nach England und anschließend daran nach fast allen übrigen Staaten verbreitet. Es ist ja eine einfache Rechnung, die man aufstellt: sinkt der Absatz, so muß eben die Produktion verbilligt werden, damit man die billigeren Produkte besser absetzen kann. Eine Produktionsverbilligung kann aber nur bei den nicht festen Produktionskosten in Betracht kommen, da die festen Kosten gegeben sind. Fest sind die Materialpreise, die von den kartellierten Rohstoff- und Halbfabrikindustrien diktiert werden. Fest sind die Zinsen der Banken, die trotz Geldüberfluß nicht herabgesetzt werden. Die Verwaltung und das Material können also wesentlich nicht gesenkt werden: als nahezu einziger beweglicher Faktor bleibt nur der Arbeitslohn. Er also soll es sein, der den verlorenen oder entgangenen Unternehmensgewinn beschaffen soll.

Die Rechnung könnte vielleicht stimmen, wenn sie nur von den Unternehmern eines Landes aufgestellt würde. Aber dem deutschen Unternehmer, der den Lohn senkt, folgt sogleich der englische, der belgische, der dänische, der tschechoslowakische. Sie alle stellen dieselben Überlegungen an, richten ihre Bemühungen in derselben Richtung mit dem Ergebnis, daß sich im gegenseitigen Konkurrenzverhältnis nicht das geringste verändert. Glaubt der deutsche Unternehmer einen Vorsprung auf dem Weltmarkt zu gewinnen, wenn er die Löhne um 6 oder 8 vH heruntersetzt, so wird dieser Vorsprung in dem Augenblick ausgewischt, wo der englische Unternehmer desgleichen tut. Die Konkurrenzverhältnisse zwischen den Industrien der einzelnen Länder können sich also nicht bessern, wenn eine internationale Lohnsenkung eintritt. Wohl aber hat diese Lohnsenkung etwas anderes im Gefolge, nämlich eine allgemeine Senkung der Kaufkraft der breiten Volksschichten, die als Hauptverbraucher schließlich die Träger der Wirtschaft sind. Ist schon durch die Rationalisierung ohne entsprechenden Lohnausgleich ein gewaltiger Unterschied zwischen dem Produktionsapparat

und der Absatzmöglichkeit eingetreten, so wird dieser Zustand durch eine Lohnsenkung noch verschärft, die Absatzmöglichkeit bei mindestens gleichbleibender Produktionsmenge verringert. Es ist der verkehrteste Weg. Im Gegenteil, es muß eine planmäßige Herabsetzung der stark überhöhten Preise in Verbindung mit einer Hebung des Lohnstandes angestrebt werden, um den Unterschied zwischen Produktion und Absatz zu verringern.

Nicht minder notwendig ist eine Verkürzung der Arbeitszeit. Beim heutigen Stande der Technik würde zweifellos die sechsstündige Arbeitszeit genügen, um alle Bedürfnisse zu decken. Geht es nicht auf einmal, so muß dieses vorläufige Ziel zum mindesten schrittweise angestrebt werden. Die Einwände, es gehe nicht, sind schon 1918 widerlegt worden, wo der Achtstundentag ohne Reibung durchgesetzt werden konnte. Die Produktion ist heute so elastisch, daß sie sich einem neuen Zustand ohne weiteres anpassen kann; man darf hier auf das Beispiel der Harburger Ölwerke verweisen, die zum Sechsstundentag übergingen und sogleich ihren Belegschaftsstand um mehr als ein Viertel erhöhen konnten, oder auf die tschechoslowakische Schuhindustrie, die den Übergang zur 45-Stunden-Woche ohne jedwede Beeinträchtigung vollzog.

Die Möglichkeit zur Arbeitszeitverkürzung, die mit einem Schlag eine Senkung der Arbeitslosenziffer um 25 und mehr vom Hundert, je nach ihrem Ausmaß, herbeiführen könnte, ist also durchaus gegeben. Es fehlt nur der Wille dazu. Wir wollen hier nicht von allen moralischen Folgerungen reden, die eine Eingliederung bedeutender Teile des Arbeitslosenheeres in die Produktion hätte. Ebenso wichtig ist die wirtschaftliche Erwägung, daß dadurch die Kaufkraft all dieser Menschen steigt, daß sie aus reinen Lebensmittelkonsumenten wieder zu Käufern von Gebrauchsgütern werden und so den Absatz beleben können.

Die Arbeitslosigkeit bedroht in ihren letzten Auswirkungen den Frieden der Welt. Sie treibt die Menschen zur Verzweiflung, macht sie jedem Abenteuer, das einen Ausweg zu versprechen scheint, zugänglich. Sei es dem Völkerkrieg, sei es dem Bürgerkrieg. Diese Gefahr wird verstärkt, wenn die Lösung der Krise ausschließlich auf Kosten der arbeitenden Menschen erfolgen soll. J. B.

Die Entwicklung der Arbeitsleistung im Ruhrkohlenbergbau

Im Ruhrkohlenbergbau ist ein scharfer Konflikt um den Lohnanteil ausgebrochen. Wild aufflackernde Streiks zeichnen den Ernst der Lage. Zur Beurteilung der Bewegung kann die Beobachtung der technischen Entwicklung in diesem Bergbaugbiet nicht unerheblich beitragen. Wir lassen nachstehend eine Tabelle folgen, die die Steigerung der Arbeitsleistung sehr deutlich erkennen läßt:

	Schichtförderanteil		je Kopf		Belegschaftszahl in vH von 1913
	der Untertagearbeiter in kg von 1913	in vH	der Gesamtbelegschaft in kg	in vH von 1913	
1913	1161	100,0	943	100,0	100,0
1927	1386	119,3	1132	120,0	95,8
1928	1463	126,0	1191	126,3	89,7
1929	1538	134,2	1271	134,3	88,3
1930:					
Januar	1585	136,5	1299	137,8	89,9
April	1638	141,1	1318	139,8	83,3
Juli	1689	145,5	1352	143,4	76,8
August	1716	147,8	1373	145,6	74,6
September	1725	148,6	1387	147,1	73,0
Oktober	—	—	1415	150,0	71,1

Es ist daran also festzustellen, daß der Schichtförderanteil je Kopf der Gesamtbelegschaft sich gegen 1913 um rund 50 vH erhöht hat. Damit übertrifft der Ruhrbergbau die Leistungssteigerung aller übrigen Länder mit Ausnahme Hollands. Diese macht in England gegenüber 1913 nur 2,8 aus, in Belgien 10,2 und in Holland 56,5 vH. Während der Förderanteil je Kopf der Gesamtbelegschaft auf 150 vH (Basis 1913) stieg, ist die Belegschaftszahl auf 71,1 gefallen.

Diese Gegenüberstellung zeigt, in welchem Maße der Ruhrkohlenbergbau rationalisiert wurde. Gemäß der Steigerung der Leistungen jedes einzelnen Arbeiters als der Gesamtbelegschaft ist der Lohnkostenanteil geringer geworden. Es läßt sich naturgemäß nicht verkennen, daß die schwere Wirtschaftskrise die Lage des Ruhrbergbaus sehr empfindlich verschlechtert hat. Dennoch kann den Arbeitern nicht zugemutet werden, durch wesentliche Verschlechterung ihrer Lebenslage die Krisenverluste in der Hauptsache zu tragen.

„Einheitsfront“ — Versuche in Frankreich

Wie die kommunistischen Gruppierungen in den meisten anderen Ländern, so macht auch die kommunistische Gewerkschaftsbewegung in Frankreich eine besonders ernste Krise durch. Darauf ist es wahrscheinlich zurückzuführen, daß von kommunistischer Seite erneut Versuche unternommen werden, um nach alten Moskauer Rezepten jene „Einheit“ herbeizuführen, auf die sich kein ernsthaft denkender Gewerkschafter einlassen kann, weil ihr Ziel nicht die Erhaltung, sondern — was Moskau wiederholt zugegeben hat — die Zerstörung der freien Gewerkschaftsbewegung ist.

Um zu zeigen, wie geradlinig die Politik der freien Gewerkschaften ist, befaßte sich auch der Verwaltungsrat des Französischen Gewerkschaftsbundes (CGT) in seiner letzten Sitzung mit obengenannten Versuchen, das heißt er bestätigte seine auf diesem Gebiete bisher verfolgte Taktik. Jetzt wie früher steht die Leitung der CGT auf dem Standpunkt, daß die Einheit nur von unten her verwirklicht werden kann und die Arbeiter sich deshalb zunächst einmal in der freien Gewerkschaft ihres Ortes zusammenzufinden haben. Erneut verurteilte die CGT jegliche Einmischung der politischen Parteien oder außenstehender Gruppen in die Aktionen der Gewerkschaften. Endlich erinnert sie an die Entschließung von Amiens, die schon im Jahre 1906 festlegte, daß jeder Gewerkschafter außerhalb seiner gewerkschaftlichen Organisation das Recht hat, sich an irgendwelcher seiner politischen oder philosophischen Einstellung entsprechenden Kampfform zu beteiligen, wogegen von ihm nichts verlangt wird, als daß er dadurch bedingte Meinungsverschiedenheiten nicht in die Gewerkschaften hineintragt.

Wem diente der Weltkrieg?

Vor einiger Zeit ging durch die deutsche Presse eine Meldung, die aufhorchen ließ: Anklageerhebung des Oberreichsanwalts gegen die Firmen Krupp und Thyssen wegen Landesverrats. Es wurde dann weiter berichtet, daß die Untersuchung eingeleitet und daß es zur Zeugenvernehmung gekommen sei. Seitdem ist es sehr still, merkwürdig still geworden. Selbstverständlich darf nicht vergessen werden, daß die Firmen Krupp und Thyssen inzwischen beim Reichsanwalt die Erklärung abgegeben haben, daß sie sich nicht schuldig fühlen.

Was ist nun Wahres daran an dieser Sache? Tatsache ist, daß ein ziemlich umfangreiches, bis heute unwiderlegtes Material vorliegt, das die deutsche Rüstungsindustrie erheblich belastet. Universitätsprofessor Dr. W. Hauser, Freiburg i. Br., einer der Belastungszeugen in dem Landesverratsverfahren gegen Krupp und Thyssen, prangert wochenlang in öffentlichen Versammlungen die deutsche Rüstungsindustrie an, der damals im Weltkrieg Kapitalsinteressen über Vaterlandsinteressen gingen, ohne daß von irgendeiner Seite sein Material angezweifelt werden kann. Zum Teil wird sogar die frühere deutsche Regierung belastet; denn diese muß um das Treiben der Schwerindustrie gewußt haben und hat sich so zum Mitschuldigen gemacht.

Es ist Wahnsinn, wenn man daran denkt, daß von 1914 bis 1918 Millionen von Volksgenossen hinaus mußten, um die Heimat zu schützen, während zu Hause die Profitgier die scheußlichsten Blüten trieb, indem Rüstungsindustrielle aus den zerfetzten und blutenden Leibern eben dieser Volksgenossen Profit schlugen. Es sollte mal jemand gewagt haben, während des Krieges eine Zeichnung oder sonst irgendeinen Gegenstand der Kriegsindustrie absichtlich oder unabsichtlich in die Hände der Feinde gelangen zu lassen, der wäre, wenn es gnädig abging, zu hoher Zuchthausstrafe verurteilt worden (siehe den Fall Bullerjahn). Doch die Schwerindustrie durfte so etwas. Es ist keinem dabei auch nur das geringste passiert.

Fest steht heute, daß hinter dem Rücken der Frontsoldaten Geschäfte aller Art gemacht wurden, von deren Größe und Ausmaß kein Mensch eine Ahnung hatte. Es hat schwerer Mühe bedurft, in dieses dunkle Kapitel Klarheit zu bringen. In der Schrift von Lehmann-Rußbüldt: Die blutige Internationale, wird nachgewiesen, daß unheimlich große Mengen Stacheldraht während des Krieges über die neutralen Länder nach dem Feindesland geliefert wurden. Bekanntlich hatten unsere Truppen oft Mangel an diesem Material, so daß sie sehr oft ihren Grabenschnitt nicht genügend befestigen konnten. Im Kriegsjahr 1916 wurden aus deutschen Werken ungeheure Mengen Material ausgeführt, so zum Beispiel 250 000 Tonnen Stahl, der über die schweizerische Grenze Frankreich und Italien erreichte. Das alles zu einem Zeitpunkt, wo die Sommeschlacht tobte, wo unsere Truppen unter einem besonders starken Materialmangel litten, so daß zum Beispiel die eigene Artillerie sie oft im Stich lassen mußte, weil es ihr an Munition fehlte.

Bewiesen ist es ferner, daß Werkzeuge und Werkzeugmaschinen von einer Chemnitzer Firma zur Einrichtung von Munitionsfabriken während der Dauer des Weltkrieges nach Frankreich und Italien ausgeführt worden sind. Die Firma Thyssen verkaufte, wie bei Lehmann-Rußbüldt nachzulesen ist, im Jahre 1917 Zehntausende von Infanterieschutzschilden an Holland zu dem Preis von 68 M das Stück, die deutsche Heeresleitung durfte dafür den Preis von 117 M zahlen. Von diesen Schutzschilden sind dann viele an die französische Heeresverwaltung weiterverkauft worden.

In einer weiteren Reihe von Fällen, die hier aufzuführen zu weit führen würde, stehen noch dokumentarische Beweise zur Verfügung. Vorläufig genügt es, festgestellt zu haben, daß unsere Industrie während des Krieges Handel mit dem damals feindlichen Ausland über die neutralen Länder getrieben hat. Sie konnte dies um so unbehinderter tun — und nun kommt das Eigentümlichste —, weil die deutsche Regierung es zuließ, daß die Kontrolle über die gesamte Ausfuhr, die Ausfuhrkommission, von der Schwerindustrie entscheidend besetzt wurde. Schon im Verlauf des Krieges sind diese Zustände kritisiert worden (zum Beispiel im Hamburger Echo, Berliner Tageblatt u. a.), ohne daß es möglich war, an diesen Dingen etwas ändern zu können. Das zeigt, wie mächtig der Einfluß der Schwerindustrie auf die Regierung war.

8,5 Millionen Tote haben die Völker zu beklagen. Hinzu kommen die Millionen von Krüppeln. Und für was sind diese Millionen getötet und zermalmt worden? Damit sich die Rüstungsindustrie aller Länder die Taschen füllen konnte!

Sowjetrußland

Durchführung der allgemeinen Schulpflicht

Der Trud (vom 8. 1. 1931) veröffentlicht einen bemerkenswerten Bericht über die Mißstände bei der Durchführung der allgemeinen Schulpflicht in Rußland. Im Mittelwolggebiet sind die Vorarbeiten für die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht in bürokratischer Weise und überdies mit großer Verzögerung vorgenommen worden. „Meere von Papier ersticken das lebendige Werk.“ Der Bezirksrat der Sowjetgewerkschaften habe es nicht verstanden, den Beschluß des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften durchzuführen, wonach die Gewerkschaftsorganisationen aus ihren Kulturfonds 15 vH für die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht zur Verfügung stellen sollen. Eine Reihe von Gewerkschaftsorganisationen hat bisher noch keine Kopeke für diesen Zweck gegeben. Im Durchschnitt seien im Mittelwolggebiet 85 vH der schulpflichtigen Kinder bisher erfaßt worden. Die Besuchsstatistik der Schulen zeige ein noch ungünstigeres Bild: die Hälfte der Schulkinder fehle zum meist. Der Voranschlag der Schulbauten sei im Mittelwolggebiet nur zu 40 vH durchgeführt worden. Die zuständigen Stellen und Gewerkschaftsorganisationen faßten tönende Resolutionen, in Wirklichkeit geschehe aber nichts. Beispielsweise sei im Astradamski-Bezirk von den zwölf zum Bau vorgesehenen Schulen nur eine Schule gebaut worden. In Katschelnjewka würde eine Schule bereits seit drei Jahren gebaut und sei bis heute noch nicht beendet. Eine Kontrolle über die Schulbauten wird nicht ausgeübt. In der Mehrzahl der Bezirke des Mittelwolggebietes seien im Winter die Schulen ohne Brennholz geblieben. In zahlreichen Bezirken müßten die Schulen infolgedessen geschlossen werden. In anderen Schulen sei zwar Brennholz vorhanden, es fehlen dafür aber Lampen und Petroleum.

Der Mangel an Lehrkräften nehme immer mehr zu. Gegenwärtig fehle es im Mittelwolggebiet an 1300 Lehrern. Die Lehrerkurse des Gebiets würden jedoch in diesem Jahre nur 950 neue Lehrer stellen können. Mit geringen Ausnahmen seien die Schüler mit Kleidung sehr schlecht versorgt. An Stelle der vorgesehenen 92 000 Kindermäntel habe das Mittelwolggebiet nur 40 000 Mäntel erhalten. Der Gewerkschaftsverband der Arbeiter der Konfektionsindustrie kümmerne sich nicht um die Lieferungen des Konfektionstrusts an die Schulen. An Stelle der vorgesehenen 25 000 Paar Schuhe habe das Mittelwolggebiet zur Belieferung der Schüler nur 1000 Paar erhalten.

Auch aus dem Leningrader Gebiet kommen ähnliche Meldungen. In zahlreichen Bezirken des Gebiets sind nur 13 bis 25 vH der Schüler von den Schulen erfaßt. Wegen Mangel an Schuhen und Kleidung können 20 vH der Schulkinder darüber hinaus die Schule nicht besuchen.

